



Netzwerk Türkei Working Paper

Netzwerk Türkei Working Paper No. 8

***Der Anwerbestopp vom 23. November 1973
in der massenmedialen Öffentlichkeit der
Bundesrepublik Deutschland und der Türkei***

Günel Incesu
gincesu@uni-bielefeld.de
Bielefeld 2010

Inhalt

Einleitung	3
1. Die Aufnahmefähigkeit ist erreicht: Historische Kontextualisierung	6
2. Eine Selbstverständlichkeit: Der Anwerbestopp in der massenmedialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik	10
3. Katalysator der Kritik nach Innen und Außen: Der Anwerbestopp und die massenmediale Öffentlichkeit der Türkei	17
Fazit	32
Literatur- und Quellenverzeichnis	35

Einleitung

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Türkei und den Europäischen Institutionen besteht ein Beziehungsgeflecht, welches durch zwei parallel verlaufende Prozesse in den 1960er Jahren konstituiert wurde: Zum einen löste das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei vom 30. Oktober 1961 Prozesse aus, in deren Verlauf türkische „Gastarbeiter“ und deren nachgezogene Familienangehörige trotz politischer und gesellschaftlicher Abwehrreaktionen allmählich zu Einwanderern wurden. Die institutionelle Verankerung des türkischen Wunsches nach Zugehörigkeit in den Europäischen Gemeinschaften¹ fand seinen Ursprung in dem Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der 1963 akzeptiert wurde und die Türkei ab dem 1. Januar 1964 zum assoziierten Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft machte.² Bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahre 2005 waren es die vertraglichen Grundlagen eben dieses Assoziierungsabkommens, welche die institutionellen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei prägten.

Inwiefern die Einwanderungsprozesse aus der Türkei in die Bundesrepublik und die türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften sich gegenseitig beeinflussten und ob eine Interdependenz zwischen diesen Prozessen bestand, sind die grundlegenden Fragestellungen dieses Aufsatzes. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die deutsch-türkischen Beziehungen insbesondere im Hinblick auf die massenmediale Öffentlichkeit³ beider Länder

¹ Der Plural Europäische Gemeinschaften steht für die sich verändernden institutionellen Rahmenbedingungen der supranationalen europäischen Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Union (EU).

² Die Türkei trat zuvor bereits 1949 in den gerade gegründeten Europarat ein.

³ Massenmediale Öffentlichkeit wird in den folgenden Ausführungen als stellvertretend für die überregionalen Printmedien in der Bundesrepublik und in der Türkei verstanden. Das Massenmedium Fernsehen wurde nicht in die Analyse miteinbezogen. Ausführungen zu multiplen Öffentlichkeitstheorien sollen in diesem Aufsatz nicht vorgenommen werden, da der Schwerpunkt auf die inhaltlichen Analysen der Printmedien gelegt wird. Elementar aber sind die Unterscheidungen wie sie von Friedhelm Neidhardt und Jürgen Gerhards vorgenommen werden. Vgl. dazu Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm, Strukturen und Funktionen moderner

und ihrer diplomatischen Beziehungen einen exponierten Stellenwert für die türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften einnahmen. Massenmedien als politische Akteure machen sie gerade im Hinblick auf ihre Relevanz in bilateralen Beziehungen bedeutsam, da sie in der Art der Berichterstattung zu einer Thematik unmittelbare politische Auswirkungen entfalten können.⁴ Geht man von der Grundannahme aus, dass Themen den Weg in unterschiedliche Öffentlichkeiten⁵ primär durch die massenmediale Kommunikation erlangen, kann man die Frage nach der Relevanz der deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Hintergrund der EG-Beitrittsbemühungen eben durch die Analyse massenmedialer Berichterstattung beantworten. Inwiefern wird die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa bei scheinbar europapolitisch irrelevanten Themengebieten zum Thema gemacht? Wie wird bei europapolitischen Themen über die Zugehörigkeit der Türkei berichtet? Welche Unterschiede lassen sich in der deutschen und türkischen massenmedialen Öffentlichkeit ausmachen? Gibt es kommunikative Verknüpfungen in der massenmedialen Kommunikation beider Länder? Versuchen Politiker und Journalisten sich im Rahmen der

Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm / Klaus Neumann-Braun (Hg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31-89.

⁴ Die zugrundeliegende theoretische Ausrichtung soll in diesem Aufsatz nicht detailliert erläutert werden. Massenmedien als politische Akteure zu betrachten geht auf neuere geschichtswissenschaftliche Ansätze zurück, die unter dem Titel „Neue Politikgeschichte“ subsumiert werden können. Vgl. etwa Schulz, Andreas, Der Aufstieg der „vierten Gewalt“: Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation, in: Historische Zeitschrift, B. 270, München 2000, S. 65-97; Mergel, Thomas, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 574-206, Stollberg-Rilinger, Barbara, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, in: dies. (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, S. 9-24; Haupt, Heinz-Gerhard, Historische Politikforschung: Praxis und Probleme, in: ders./Ute Frevert (Hg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 304-313; Frevert, Ute, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: ebd., S. 7-26; für einen Überblick zur Kontroverse um eine neue Politikgeschichte vgl. Conze, Eckart, „Moderne Politikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert; Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19-30.

⁵ws Zur Unterscheidung verschiedener Öffentlichkeitstypen wird im Folgenden die hierarchische Unterteilung von Neidhardt und Gerhards verwendet: Einfache Interaktionssysteme zwischen Menschen, die mehr oder weniger zufällig aufeinandertreffen werden als „Encounters“ titulierte und bilden die elementare Form der „kleinen Öffentlichkeit“. „Öffentliche Veranstaltungen“ reichen von Versammlungen bis hin zu Protestbewegungen und setzen im Unterschied zu Encounters ein Thema sowie ein Themeninteresse der Teilnehmer voraus (Versammlungsöffentlichkeit). Schließlich ist die „Massenmedienkommunikation“, die in Form der massenmedialen Öffentlichkeit ihren Ausdruck findet, konstitutiv für eine allgemeine Wahrnehmung von Themen. Vgl. dazu Gerhards / Neidhardt, Strukturen und Funktionen, S. 50 ff.

massenmedialen Kommunikation zu positionieren um ihre Stellungnahmen in die Öffentlichkeit zu kommunizieren?

Die Hypothese der kommunikativen Verdichtung deutsch-türkischer Beziehungen in den jeweiligen massenmedialen Öffentlichkeiten in Verbindung mit der Frage nach der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa wird anhand eines Problemaufrisses geprüft. Mit der Verkündung des Anwerbestopps am 23. November 1973 durch den deutschen Arbeitsminister Walter Arendt, rückte eines der wichtigsten Themen in den deutsch-türkischen Beziehungen in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses: die „Gastarbeiterfrage“. Während der Anwerbestopp in der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit keine Verwunderung oder Hinterfragung auslöste, kann seine Bedeutung für die türkische massenmediale Öffentlichkeit gar nicht zu gering eingeschätzt werden. Karen Schönwälder konstatiert in ihrer umfassenden Untersuchung zu Einwanderungsprozessen in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, dass die grundlegende Bedeutung der Maßnahmen vom November 1973 in unmittelbarem zeitlichem Kontext nur ansatzweise erkannt wurde.⁶ Der *Spiegel*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sowie die *Bild* beschäftigten sich in den Tagen unmittelbar nach der Entscheidung mit je nur einem Artikel mit dem Anwerbestopp.⁷

Nachdem der Anwerbestopp in ersten Schritt historisch kontextualisiert wird (1), soll darauf aufbauend (2) der Frage nachgegangen werden, warum es in Deutschland zu einer beinahe schon nüchternen Widerspiegelung der politischen Entscheidung des Anwerbestopps kam, während in der Türkei folgenden

⁶ Vgl. Schönwälder, Karen, *Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er Jahren bis zu den 1970er Jahren*, Essen 2001, S. 629.

⁷ Im *Spiegel* wurde der Anwerbestopp im Rahmen der Titelstory sogar nur am Rande behandelt, wobei er als Maßnahme zur Stützung der Konjunktur und Beschäftigung bewertet wurde. Vgl. „Arbeitslose: So knüppeldick war’s noch nie“, in: *Der Spiegel*, 51/1973, 17.12.1973, S. 20-30, hier S. 21. Die *Bild – Zeitung* titulierte am 24.11.1973 „Alarmzeichen aus Bonn: Grenzen zu für Gastarbeiter“. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* behandelte den Anwerbestopp lediglich in Form eines Kommentars im Wirtschaftsteil: „Ein vernünftiger Beschluß“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.11.1973. Schönwälder sah in dem Kommentar eine Selbstgewissheit durchschlagen, da die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, so der Kommentar, nie zu den „Wachstumsfetischisten“ gehört habe und die „Gastarbeiter“ stets als eine „Notlösung am Rande einer Katastrophe“ verstanden habe. Vgl. Schönwälder, *Einwanderung*, S. 630.

Schlagzeilen formuliert wurden: „Deutschland wird unsere Arbeiter zurückschicken!“⁸, „Die Gefahr für die Türkei ist groß!“⁹, „Großer Schaden für die Türkei!“¹⁰, „Während sich die Türen in Deutschland schließen...“¹¹. Dies waren die Reaktionen türkischer Tageszeitungen unmittelbar nach der Ankündigung des deutschen Arbeitsministers Walter Arendt, die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer aus Ländern, die nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gehören, unverzüglich zu stoppen. Die Analyse der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit, ihrer Reaktionen und Kommentare wird im Fokus des dritten Teils (3) stehen.

1. Die Aufnahmefähigkeit ist erreicht: Historische Kontextualisierung

Die Ursachen für den Anwerbestopp werden in der Forschungsliteratur unmittelbar mit prozessualen Entwicklungen der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer in Verbindung gebracht sowie als einschneidender Bruch in der deutschen Anwerbepolitik gedeutet.¹² Grob unterteilt, kann man von drei Phasen ausgehen: 1955 bis 1966, welche durch den Abschluss von Anwerbeabkommen und dem flexiblen Einsatz ausländischer Arbeitnehmer geprägt war. 1967 bis 1972/73, welche unter dem Schlagwort „Massenanwerbung“ subsumiert werden kann und die Zeit nach 1973, welche durch Bestrebungen gekennzeichnet war,

⁸ Hürriyet, 25. November 1973

⁹ Tercüman, 25. November 1973

¹⁰ Milliyet, 24. November 1973

¹¹ Cumhuriyet, 25. November 1973

¹² Vgl. Bade, Klaus J., *Einheimische Ausländer: ‚Gastarbeiter‘ – Dauergäste – Einwanderer*, in: ders. (Hg.), *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992, S. 393-401; Herbert, Ulrich, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 223 ff.; ders./Hunn, Karin, *Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955-1973)*, in: A. Schildt / D. Siegfried / K. Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 273-310.; Hunn, Karin, „Nächstes Jahr kehren wir zurück“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 328 ff.; Knortz, Heike, *Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*, Köln 2008, S. 157 ff.; Mattes, Monika, „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M. 2005, S. 51 ff.; Schönwälder, *Einwanderung*, S. 631 f.

sowohl die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer als auch die Zahl der bereits in der Bundesrepublik lebenden Ausländer sukzessive zu reduzieren.¹³ Legitimationsgrundlage in den ersten Tagen nach Verkündigung des Anwerbestopps war die Ölkrise, ausgelöst durch das Öl-Embargo der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) als Reaktion auf den Jom-Kippur Krieg.¹⁴ Mittlerweile unbestritten ist die Tatsache, dass die Ölkrise lediglich als Scheinargument diente, um die spätestens seit 1972 existierenden Pläne zur Reduzierung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ohne Rechtfertigungsdruck zu erzwingen.¹⁵ Indes zeichneten sich bereits vor 1973 mehrere Aspekte ab, welche den Nutzen ausländischer Arbeitnehmer und den Fortgang der bisher betriebenen Anwerbepolitik in Frage stellten. Zum einen war die Abnahme der regionalen Mobilität ausländischer Arbeitnehmer, bedingt durch den sich deutlich vermehrenden Familiennachzug insbesondere bei den türkischen Arbeitern, ein ökonomischer Nachteil im Kontext der Arbeitsplatzflexibilität.¹⁶ Ferner verursachten die immer weiter steigenden Sozialkosten für ausländische Arbeitnehmer einen modernisierungshemmenden Effekt indem sie ein technikinduziertes Wachstum in der Bundesrepublik

¹³ Vgl. Bade, *Einheimische Ausländer*, S. 393 f., Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 228; Diese sehr grobe Einteilung vernachlässigt detaillierte ökonomische Entwicklungen und Fluktuationen in der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. Das Interesse nach 1973, die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu reduzieren, hing auch unmittelbar mit der Rezession 1966/67 zusammen. Da sie schneller als erwartet überwunden wurde und man bereits 1968 eine Wachstumsquote von 7,3% verzeichnen konnte, stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zwischen 1968 und 1973 von 1,014 auf 2,595 Millionen. Siehe dazu Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 224 f.

¹⁴ Vgl. zum Ölembargo: Mendershausen, Horst, *Coping with the oil crisis: French and German experiences*, Baltimore 1976; Krämer, Hans, *Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise*, Baden – Baden 1974, Haftendorf, Helga, *Sicherheit und Stabilität: Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß*, München 1986.

¹⁵ Vgl. etwa die Argumentation von Ulrich Herbert und Karin Hunn zu der Strategie der Bundesregierung, die Ölkrise als Hauptursache für den Anwerbestopp heranzuziehen: „Tatsächlich aber war diese nicht mehr als ein verstärkendes Moment und zudem ein günstiger Anlaß, den Zustrom ausländischer Arbeiter ohne große Widerstände von Seiten der Entsendeländer und ohne langwierige Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die sozialen Folgen dieser Maßnahme einzudämmen und die Zahl der Ausländer zu senken. Der Zusammenhang zwischen der jahrelangen Kosten-Nutzen-Diskussion und dem Anwerbestopp wurde auf diese Weise in den Hintergrund gedrängt, der ‚Ölschock‘ schien die Ursache für die Wende der deutschen Ausländerpolitik zu sein.“ Herbert/Hunn, *Gastarbeiter*, S. 308.

¹⁶ Vgl. ebd. S. 307.

verhinderten.¹⁷ Bundeskanzler Willy Brandt betonte in der Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel vom 18. Januar 1973, nachdem er zuvor die Leistungen der ausländischen Arbeitnehmer für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik hervorhob, dass es nun jedoch notwendig geworden sei, sorgsam zu überlegen „wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten. Wir dürfen das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils überlassen. Die Bundesregierung wird eine Gesamtkonzeption für die Lösung dieser Frage entwerfen.“¹⁸ Erstmals also plädierte der Bundeskanzler für eine Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption der Ausländerbeschäftigung. Die Formulierung in der Regierungserklärung lässt darauf schließen, dass die erwähnte Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik erreicht worden war und ein neuer Weg in der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer eingeschlagen werden sollte. Vor dem Hintergrund der Abnahme regionaler Mobilität und der Verhinderung arbeitssparender Investitionen durch zu hohe Sozialkosten hatte Arbeitsminister Arendt bereits im März 1972 die Frage gestellt, ob nicht der Punkt erreicht sei „wo die Nachteile die Wachstumsvorteile aufzehrten.“¹⁹

Heike Knortz zeigt in ihrer Analyse der Akten der „Nürnberger Anstalt für Arbeit“ sowie des Koordinierungskreises und Länderausschusses „Ausländische Arbeitnehmer“²⁰, dass innerhalb der Bundesregierung und der Nürnberger Anstalt für Arbeit Fragen der gesellschaftlichen Integration ausländischer Arbeitnehmer zunahmen. Habe man im Koordinierungskreis im Februar 1970 in den „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ noch festgestellt,

¹⁷ Vgl. ebd.; Knortz, *Diplomatische Tauschgeschäfte*, S. 9.

¹⁸ Bundeskanzler Brandt, Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel vom 18. Januar 1973, *Presse und Informationsamt der Bundesregierung*, S. 46; Eine weitere Maßnahme zur Reduzierung der Anwerbezahlen im Juli 1973 stellte die Erhöhung der Gebühren für die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern von 300 DM auf 1000 DM dar, welche jedoch den Anstieg der Anwerbezahlen nicht bremste. Vgl. dazu Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 228.

¹⁹ „Noch sind Gastarbeiter nützlich“, in: *Handelsblatt* vom 14.3.1972, zitiert nach Herbert/Hunn, *Gastarbeiter*, S. 306-307.

²⁰ Der Koordinierungskreis „Ausländische Arbeitnehmer“ war ein vom Bundesministerium für Arbeit und soziale Ordnung eingerichtetes Gremium.

dass der ausländische Arbeitnehmer nach den bisherigen Erfahrungen seine Tätigkeit und seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik in der Regel als zeitlich begrenzt ansehe, konstatierte man 1972 den Willen vieler Ausländer in der Bundesrepublik bleiben zu wollen, und damit auch die Familie in die Bundesrepublik nachzuziehen.²¹ Das Integrationsproblem rückte erstmals in den Fokus der politischen Entscheidungsträger oder wie Knortz es formuliert: „Erstmals machte sich eine Bundesregierung also ernsthaft über Fragen der Integration Gedanken, bewirkten gesellschaftspolitische Verwerfungen erste konzeptionelle Schritte.“²² Warum aber gerade nach 1972 erstmals integrationspolitische Aspekte in der Bundesregierung diskutiert wurden, kann nicht allein mit dem Anstieg der Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik begründet werden.²³ Mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel Ende der 1960er Jahre forderten insbesondere die Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände eine „gesellschaftliche Emanzipation“ und Integration der ausländischen Arbeitnehmer.²⁴ Zu diesem Zeitpunkt wurden sich, so Ulrich Herbert und Karin Hunn, „Behörden, Unternehmer, Politik und Bevölkerung langsam bewußt, daß die Anwesenheit der Millionen von ‚Gastarbeitern‘ nicht mehr als vorübergehend und als bloße Nebenerscheinung ungebremsten Wirtschaftswachstums gehen konnte, sondern, daß hier ein politisch und sozial

²¹Knortz, *Diplomatische Tauschgeschäfte*, S. 157.

²²Ebd., S. 158.

²³ 1972 lebten 2, 317 Mio. sozialversicherungspflichtige ausländische Beschäftigte in der Bundesrepublik, mit ihren Familien zusammen waren es insgesamt 3,526 Mio. Menschen. Zahlen nach Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 233.

²⁴ Auf die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen Ende der 60er Jahre kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. hinsichtlich des Einflusses der Veränderungen auf die Anwerbepolitik Hunn, *Nächstes Jahr*, S. 531 f; zu den Veränderungen am Ende der „langen“ 60er Jahre insbesondere die Beiträge in A. Schildt / D. Siegfried / K. Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; zu den Prozessen, die als „68er Bewegung“ subsumiert werden allgemein Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; dies. *Die 68er Bewegung: Deutschland-Westeuropa-USA*, München 2001; zu den Einflüssen der 60er Jahre für folgende soziale Bewegungen Brandt, K. W./Büsser, D./Rucht, D., *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M./New York 1986; allgemein zur Zusammenarbeit zwischen Studenten und Arbeitern in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Tolomelli, M., „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“. *Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und Italien*, Opladen 2001, dies., 1968: Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und der Bundesrepublik, in: Gilcher-Holtey (Hg.), 1968, S. 82-100.

brisantes Problem erwachsen war, dessen längerfristige Perspektiven kaum absehbar schienen.“²⁵ Der hier konstatierte Einstellungswandel liegt in der Interdependenz von Politik, Öffentlichkeit und Massenmedien begründet; die Erörterung des Themenkomplexes insbesondere türkischer „Gastarbeiter“, ihrer Einwanderung und Integration setzte parallel zur politischen Entscheidungsebene auch in der massenmedialen Öffentlichkeit ein.

2. Eine Selbstverständlichkeit: Der Anwerbestopp in der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit

Vergleicht man die Berichterstattung zum Anwerbestopp in der deutschen und türkischen massenmedialen Öffentlichkeit fällt ein frappierender Unterschied im öffentlichen Interesse auf. Während der Anwerbestopp in der Türkei nahezu den Status von Omnipräsenz erlangte, wurde er in der Bundesrepublik kaum thematisiert. Dieser Umstand lässt sich darauf zurückführen, dass die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik bereits zu Beginn der 1970er Jahre immer deutlicher nach gesellschaftlichen und sozialen Aspekten beurteilt wurde. Karen Schönwälder sieht im „Vorrücken“ der Berichterstattung zur Ausländerpolitik vom Wirtschafts- in den Politikteil die auffälligste Entwicklung innerhalb der Presse zu Beginn der 70er Jahre.²⁶ Die Verhängung des Anwerbestopps wurde als logische Konsequenz einer sich abzeichnenden Entwicklung interpretiert, was sich durch die Analyse der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und des *Spiegel* bestätigen lässt. Sowohl das Wochenmagazin als auch die Tageszeitung fokussierten soziale Probleme, Fragen nach der „Ghettoisierung“ deutscher Städte sowie Benachteiligungen im alltäglichen Leben der türkischen Arbeiter.²⁷

²⁵ Herbert/Hunn, *Gastarbeiter*, S. 310.

²⁶ Vgl. Schönwälder, *Einwanderung*, S. 591; Die beschauliche, paternalistische, selbstgerechte Schilderung des Wohnheimlebens der „Südländer“ sei 1970/1971 der Anklage von Armut und Ausbeutung gewichen. Ebd. S. 586.

²⁷ Für eine breitere Auswahl der untersuchten Pressedokumente siehe insbesondere die umfassende Studie von Schönwälder, *Einwanderung*, S. 584 ff. Schönwälder bezieht unter anderem Artikel der

In einer zweiteiligen Reportage des *Spiegel* über „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik hinterfragte der deutsche Botschafter in Ankara, Gustav Sonnenhol, bereits im November 1971 den Sinn und Zweck der Anwerbepolitik der letzten Jahre. „Man müsste einmal überlegen, ob es volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist, Gastarbeiter zu beschäftigen, ob es nicht vernünftiger wäre, die Ansprüche lieber etwas zurückzuschrauben und nicht so gebannt auf Voll- oder gar Überbeschäftigung zu starren.“²⁸ Seine Kritik war eingebunden in die Reportage „Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche?“, welche insbesondere die türkische Regierung in ihrer Politik kritisierte, die Auslandsdevisen der türkischen Arbeiter mit Wohlwollen entgegenzunehmen, anstatt im eigenen Land Arbeitsplätze zu schaffen. Wurde in diesem Artikel die Türkei als Entsendeland vorgestellt und kritisiert, berichtete der Artikel „Rauhes Klima“ im August 1972 von der finanziellen Benachteiligung ausländischer Arbeiter im Vergleich mit ihren deutschen Kollegen.²⁹ Der Artikel stellte eine repräsentative Umfrage unter 2000 ausländischen Arbeitern der „Offener Marplan Gesellschaft“³⁰ vor, dessen Ergebnis zeigte, dass ausländische Arbeiter das Sozial- und Schulwesen, die Berufsausbildung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und Gesundheitspflege positiv bewerteten. Dementsprechend bezeichneten 57% der Befragten ihre Lage als „gut“ und 17% als „sehr gut“. Der Hochmut der Deutschen allerdings, der Eindruck vom Gefühl ihren ausländischen Kollegen überlegen zu sein, störe die ausländischen Arbeitnehmer am meisten.³¹

Das gesteigerte Interesse an den Lebensumständen vor allem der türkischen Arbeiter und ihrer Familien war eng gekoppelt an die Furcht vor der

Augsburger Allgemeinen, Kieler Nachrichten, Neue Württembergische Zeitung, Stern, Hamburger Abendblatt, Die Welt, Handelsblatt und Westdeutsche Allgemeine Zeitung in ihre Untersuchung ein.

²⁸ „Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche?“ Spiegel-Report über die Abwanderung aus Südeuropa und Kleinasien, in: *Der Spiegel*, 48/1971, 22.11.1971, S. 138-151, hier S. 142. 2. Teil der Reportage: *Der Spiegel*, 49/1971, 29.11.1971, S. 118-129.

²⁹ „Rauhes Klima“, in: *Der Spiegel* 34/1972, 14.8.1972, S. 47-48.

³⁰ Die MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH wurde 1959 gegründet und hat ihren Sitz in Offenbach am Main.

³¹ Ebd., S. 48.

„Ghettoisierung“ deutscher Städte durch türkische Einwanderung. Diese ambivalente Haltung äußerte sich einerseits in der paternalistischen Betroffenheit mit der Situation türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik, welche seitens der Politiker und der Massenmedien gleichzeitig immer häufiger mit dem Heraufbeschwören der Gefahr einherging, die türkischen Arbeiter könnten sich zu „den Negern der Bundesrepublik Deutschland“ entwickeln.³² Der Artikel „Die Türken kommen – rette sich, wer kann“, vom Juli 1973, ist repräsentativ für die Ambivalenz der Berichterstattung im *Spiegel*. Auf der einen Seite wurden stereotypische Bilder türkischer Arbeiterfamilien gezeichnet, die in traditionsreichen Vierteln Berlins eine kleine türkische Welt für sich geschaffen hätten. So begann die Titel-Story des Wochenmagazins mit den Sätzen: „Die Kneipe am Cottbusser Tor war mal echt Kreuzberg, Ecklage, Berliner Kindl, Buletten, Sparverein im Hinterzimmer. Heute rotiert am Buffet der Hammelspieß senkrecht, der Kaffee ist dickflüssig, aus der Musikbox leiert orientalischer Singsang.“³³ Insbesondere die Anzahl türkischer Menschen in Berlin wurde als bedrohlich dargestellt, denn sowohl die Geschäfte, das äußere Erscheinungsbild als auch Symbole wie die türkische Fahne hätten Kreuzberg in „Kleen-Smyrna“ verwandelt.³⁴ Durch Termini wie „einschwärmen“ wurden Ängste und

³² Vgl. etwa den Artikel „Markt der Menschenhändler“, in: *Der Spiegel*, 13/1973, 26.3.1973, S. 60-65. Der Nordrhein-Westfälische Arbeitsminister Werner Figge wird hier mit den Worten zitiert: „Wir müssen aufpassen, dass die Gastarbeiter nicht zu Negern unserer Nation werden.“ Ebd. S. 61; vgl. auch Schönwälder, *Einwanderung*, S. 589.

³³ „Die Türken kommen – rette sich, wer kann“, in: *Der Spiegel* 31/1971, 30.7.1973, S. 24-34, hier S. 24.

³⁴ Ebd. S. 24: „Im Toreingang Lausitzer Straße 50 hängen Briefkästen von dreißig Mietern, deren Namen allesamt auf ‚oglu‘, ‚ek‘ und ‚can‘ enden. In der Oranienstraße, wo einst Paul Lincke wohnte (Nr. 64) und Berliner Luft verspürte, flanieren Frauen im Salvar, der Pumphase. Die Gemüseauslagen sind neuerdings von bunter Opulenz, vor den Fleischerläden hängen ausgeweidete Hammel, und überall zeigen Türkenfahnen mit Stern und Halbmond an, daß Kreuzberg hier ‚Kleen-Smyrna‘ ist.“ Vgl. zur Kritik dieses Artikels Huhnke, Brigitta, *Sprachliche Realisierungen symbolischer Politik in Migrationsdiskursen*, in: Karin Böke / Matthias Jung / Martin Wengeler (Hg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen 1997, S. 89-105, hier S. 98 f; Huhnke analysiert den Artikel aus linguistischer Perspektive und hebt die Relevanz von metaphorischen Wendungen und Kollektivsymbolen in den medialen Diskursen über MigrantInnen hervor. Sie ordnet den sprachlichen Duktus des Artikels in den Rahmen symbolischer Politik ein, die durch die Reduzierung komplizierter Sachverhalte auf prägende Termini geprägt sei: „Mit symbolischer Politik wird es also möglich, allzu vordergründige, dualistische Konstruktionen wie wir/die, gut/böse/, Nation/Nicht-Nation, Kultur/Kriminalität, Triebzügelung/unkontrollierte Sexualität mit Hilfe spezifisch sprachlicher

Ressentiments geschürt, die nicht den Eindruck von Arbeitsmigration erweckten, sondern das Vokabular für eine militärische Invasion oder gar eine Insektenplage aufnahmen, wie der folgende Satz verdeutlicht: „In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosphorus und aus dem Hochland nach Anatolien ein.“³⁵ Während sich in dem Artikel solche plakativen und verallgemeinernden Passagen fanden ließen, wurde aber auch Kritik an der bundesrepublikanischen Gesellschaft im Umgang mit ausländischen Arbeitnehmern geübt:

„Daß die Furcht vor der Ausweisung die Flucht in die Illegalität nachgerade hervorruft, daß ausländische Arbeitnehmer so gut wie keine beruflichen Aufstiegschancen haben, daß sie unter häufig desolaten Bedingungen hausen müssen, daß ihre Kinder dem heimatlichen Milieu entrissen, im neuen aber keineswegs heimisch werden – solche beklemmenden Aspekte bundesdeutscher Ausländer-Existenz gelten längst als Muster gesellschaftlicher Unterprivilegierung.“³⁶

In diesem Abschnitt wurde die Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik grundsätzlich in Frage gestellt. Probleme der Abschiebung und die daraus resultierende Illegalität, die mangelnden Aufstiegschancen sowie die Kinder, deren Sprach- und Alltagsprobleme nicht zur Kenntnis genommen würden, seien ebenso verantwortlich für die Lage der ausländischen Arbeitnehmer wie ihr Verhalten selbst.

Das Aufkommen rein türkisch bewohnter Viertel in deutschen Städten wurde differenziert betrachtet. Einerseits würden türkische Familien es bevorzugen, unter ihren Landsleuten zu leben, zugleich seien aber auch findige Immobilienverwalter verantwortlich für die Vermietung winziger Zimmer für ganze Familien. Auch Kriminalitätsstatistiken, in denen Türken hervorstachen, wurden kritisiert, da ihre Aussagefähigkeit aufgrund des Berechnungssystems gleich null zu bewerten sei.³⁷

Formen umzuinszenieren und ihnen so nach außen ihre propagandistische Offensichtlichkeit zu nehmen.“ Ebd., S. 94.

³⁵ Die Türken kommen, in: Der Spiegel, 30.7.1973, S. 25.

³⁶ Ebd. S. 26.

³⁷ Ebd. 30; Hintergrund ist die Einbeziehung von deutschen Staatsbürgern jeden Alters, während türkische Staatsangehörige fast alle jungen Alters sind und somit kein aussagekräftiger Vergleichswert zustande kommen könne.

Die unterschiedlichen thematischen Schwerpunkte des Artikels hatten eines gemeinsam: allesamt behandelten sie integrationspolitische Fragen der Eingliederung und sozialen Lage türkischer Arbeiter und ihrer Familien in der Bundesrepublik. Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellte bereits im Oktober 1972 die Frage ob man auf einen „ständigen Zustrom ausländischer Arbeiter wirklich nicht mehr verzichten“ könne, da bereits seit 1971 der Zentralrat des deutschen Caritasverbandes, die Kirchen und Wohlfahrtsbände auf die „unmenschlichen Bedingungen“ hinwiesen, „unter denen noch heute viele Ausländer in der Bundesrepublik leben“.³⁸

Drei Monate vor Verhängung des Anwerbestopps war die Berichterstattung in der massenmedialen Öffentlichkeit schließlich primär auf die soziale Lage türkischer Arbeiter gerichtet. Anlass war der „Ford-Streik“ vom 24. bis 30. August 1973, in dem türkische Arbeiter maßgeblich beteiligt waren und zum ersten Mal ihren Protest lautstark äußerten.³⁹

³⁸ Vocke, Harald, „Wenn Tausende illegal einreisen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.10.1972.

³⁹ Auslöser des Streiks in Köln-Niehl war die fristlose Entlassung von 300 türkischen Arbeitern aufgrund der wiederholten verspäteten Rückkehr aus dem Heimaturlaub, ohne ein ärztliches Attest vorzulegen. Viele türkische Arbeiter von den insgesamt 12 000 in den Ford-Werken solidarisierten sich mit ihren entlassenen Kollegen. Nachdem sich zunächst die IG-Metall mit den türkischen Arbeitern solidarisierte, distanzierte sie sich angesichts der Radikalisierung der Proteste. Immer deutlicher entwickelte sich der „Ford-Streik“ zu einer Auseinandersetzung zwischen der deutschen und türkischen Belegschaft, zwischen denen es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam. Zu den Forderungen der türkischen Arbeiter gehörten die Aufhebung der Kündigung der entlassenen Kollegen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Endmontage durch die Reduzierung des Arbeitstempos an den Bändern sowie eine Mark mehr Stundenlohn für alle Beschäftigten. Am Ende des Streiks konnten die türkischen Arbeiter nicht eine ihrer Forderungen durchsetzen. Einige von ihnen wurden wegen der aktiven Teilnahme am Streik fristlos entlassen, während andere das Angebot einer freiwilligen Kündigung annahmen, anstatt selbst fristlos entlassen zu werden. Zum „Ford-Streik“ vgl. insbesondere die ausführliche Beschreibung und Analyse in Hunn, *Nächstes Jahr*, S. 237-275 sowie Hildebrandt, Eckart/Olle, Werner, *Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der Bundesrepublik. Teil 1*, Offenbach 1975; Hinken, Günter, *Vom „Gastarbeiter“ aus der Türkei zum gestaltenden Akteur. Mitbestimmung und Integration von Arbeitsmigranten bei Ford in Köln*, in: Jan Motte / Rainer Ohliger / Anne von Oswald (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt/New York 1999, S. 259-272. Berichte in der massenmedialen Öffentlichkeit: „IG Metall – ein angeschlagener Dinosaurier“, in: *Der Spiegel*, 36/1973, 3.9.1973, S. 19-26; „Türken-Streik: Faden gerissen“, in: ebd., 37/1973, 10.9.1973, S. 28-33; Kurylo, Friedrich, „Die Türken probten Aufstand. Hintergründe des wilden Streiks bei Ford“, in: *Die Zeit*, 7.9.1973; Hoffmann, Wolfgang, „Ausbruch aus dem Getto. Warum die Gastarbeiter rebellieren“, in: ebd.; „Günstiger Nährboden für Agitation. Türken leben in einem selbst gewählten Getto“ / Einträgliche Geschäfte mit Landsleuten, in: *Frankfurter Allgemeine*

Außer im *Spiegel* und in der *Zeit*, war die Reaktion auf den sogenannten „wilden Streik“ in der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit überwiegend negativ. Der Streik sowie die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden insbesondere von der *Bild-Zeitung* als Beleg für die Ausländerproblematik in der Bundesrepublik angeführt. Der Streik sei zu einem Kampf zwischen Ausländern und Deutschen geworden, in dem die Deutschen ihre eigene Firma vor den Ausländern schützen mussten.⁴⁰ Er wurde darüber hinaus zum Anlass genommen, so schlussfolgert Karin Hunn in ihrer Presseanalyse zum „Ford-Streik“, „auf das Gefahrenpotential, das von einer unterprivilegierten ausländischen Bevölkerungsgruppe wie den türkischen Arbeitsmigranten ausgehen konnte, aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit einer Kursänderung in der Ausländerbeschäftigungspolitik zu unterstreichen.“⁴¹ Die von der *Bild-Zeitung* geforderte Kursänderung bestand in der provokativen Forderung nach der Ausweisung der Gäste.⁴² Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* führte die Eskalation insbesondere auf die freiwillig gewählte Isolierung in „Ghettos“ zurück. Dieser Umstand komme der Kriminalität zu gute, da sowohl ein geistiges als auch ein äußerliches Ghetto die Bereitschaft zur Delinquenz fördere.⁴³ Die *Zeit* und der *Spiegel* hingegen legten das Schwergewicht in ihrer Berichterstattung auf die soziale Deklassierung und Diskriminierung der ausländischen Arbeitnehmer und insbesondere der Türken, die zur aggressiven Formulierung ihrer Forderungen geführt habe. So sei die Wohnsituation vieler türkischer Familien auch durch das Lohngefälle bedingt. Häuser und Stadtteile, die aufgrund ihrer miserablen Zustände nicht länger von Deutschen bewohnt werden wollten, seien den ausländischen und vor allem, da quantitativ die größte Anzahl, den türkischen

Zeitung, 4.9.1973; „Ankara um Gastarbeiter besorgt. Türkische Gewerkschaften beschuldigen deutsche Regierungsstellen“, in: ebd., 14.9.1973.

⁴⁰ „30 Verletzte/Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei. 2000 türkische Gastarbeiter schlugen mit Knüppeln, Messern und Zahnrädern auf ihre deutschen Kollegen ein/Kommunistische Rädelsführer aus dem Werk gejagt“, in: *Bild-Zeitung*, 31.8.1973.

⁴¹ Hunn, *Nächstes Jahr*, S. 255.

⁴² *Bild-Zeitung*, 29.8.1973: „Gastarbeiter, dieses Wort kommt von Gast. Ein Gast, der sich nicht so beträgt, gehört vor die Tür gesetzt!“

⁴³ Vgl. *Günstiger Nährboden*, in: *FAZ*, 4.9.1973

Arbeitern nahegelegt worden.⁴⁴ Hintergrund der türkischen Unzufriedenheit, so der *Spiegel*, sei auch in ihrer Funktion und Anerkennung in den Betrieben zu finden. Weder im Betriebsrat noch an ihren Arbeitsstellen hätten die türkischen Arbeiter im Vergleich zu ihren deutschen Kollegen adäquate Anerkennungen für ihre Leistungen genossen.⁴⁵ Der „Ford-Streik“ unmittelbar vor Verhängung des Anwerbestopps rückte die Situation türkischer Arbeitnehmer nochmals in den Fokus massenmedialer Öffentlichkeit.

Als eine Art Vorahnung des Anwerbestopps kann man Wolfgang Hollmanns Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* deuten, der sich als Konsequenz aus den Ereignissen beim „Ford-Streik“ eine verstärkte Bemühung der Bundesregierung und der Wirtschaftsverbände um die Situation der 2,5 Millionen Gastarbeiter erhoffte; in der ersten konkreten Maßnahme, der Anhebung der Vermittlungsgebühr von 300 DM auf 1000 DM, jedoch keine Integration sondern vielmehr eine Abwehr der Gastarbeiter konstatieren musste.⁴⁶

Sowohl von Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen als auch in der massenmedialen Öffentlichkeit wurden soziale Folgen der bundesrepublikanischen Anwerbepolitik bereits seit 1971 thematisiert. Die Ungleichbehandlung ausländischer Arbeiter in der Belohnung, die „Ghettoisierung“ deutscher Städte insbesondere durch türkische Familien, die fehlende Integrationswilligkeit sowohl der Deutschen als auch der Türken, der Irrglaube einer auf Zeit begrenzten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer; all

⁴⁴ Vgl. Die Türken, in: Die Zeit, 7.9.1973

⁴⁵ Vgl. „Türken-Streik“, in: Der Spiegel, 10.9.1973, S. 29; 12 000 Türken seien im Falle Ford fast ausschließlich an Endmontagebänder gesetzt, wo Deutsche nicht arbeiten wollen. Ihre Entlohnung sei mit 8,40 DM 20% unter der Entlohnung an anderen Arbeitsplätzen. Ferner machten sie 38% der Gesamtbelegschaft aus, seien aber nur zu 12, 8% am 47-köpfigen Betriebsrat beteiligt. Weiteres Beispiel für die Konzentration auf die fehlende Integration türkischer Arbeiter und ihrer Familien ebd., S. 33: „Unter besonderem psychischen Druck stehen Türken, die mit – zumeist kinderreicher – Familie in Deutschland wohnen. Ausländerschulen gibt es nur in feinen Vierteln. In den deutschen Schulen leiden die Türkenkinder unter Sprachschwierigkeiten und werden, so ein Pädagoge, ‚Analphabeten in zwei Sprachen.‘ – weder in Deutschland noch in der Türkei fühlen sich Türkenfamilien, die viele Jahre in der Bundesrepublik leben, vollwertig.“

⁴⁶ Vgl. Ausbruch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.1973.

diese Aspekte waren in der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit bereits vor Verhängung des Anwerbestopps im November 1973 präsent. Auch Äußerungen des Arbeitsminister 1972 und die Regierungserklärung Willy Brandts im Januar 1973 deuteten darauf hin, dass ein Kurswechsel in der Anwerbe- und Ausländerbeschäftigungspolitik statt fand. Ob die Bundesregierung letztlich das öffentliche Interesse an der Thematik, nochmals deutlich katalysiert in der Berichterstattung zum „Ford-Streik“ zum Anlass nahm, die Ölkrise unter Handlungszwang als Legitimationsgrundlage für einen Anwerbestopp zu benutzen, lässt sich empirisch nicht nachweisen. Indes kann man von einer wechselseitigen Beeinflussung der Bundesregierung und der massenmedialen Öffentlichkeit ausgehen. Insofern wundert es nicht, dass die Verhängung des Anwerbestopps am 23. November 1973 in der massenmedialen Berichterstattung keine dominierende Position inne hatte, war sie doch schlussendlich nur eine logische Konsequenz der sozialen Missstände, die bereits seit zwei Jahren in der massenmedialen Öffentlichkeit thematisiert wurden. Einen prägnanten Beleg dieser Hypothese lieferte ein Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 24.11.1973, der den Anwerbestopp als Endpunkt einer „*ohnehin wünschenswerten Entwicklung*“ bewertete, die durch die Ölkrise endlich „*entscheidungsreif*“ gemacht worden sei.⁴⁷ In der Türkei hingegen sorgte die Verhängung des Anwerbestopps für eine regelrechte Explosion der massenmedialen Berichterstattung über die Situation türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch über die möglichen Konsequenzen des Anwerbestopps für die Türkei.

2. Katalysator der Kritik nach Innen und Außen: Der Anwerbestopp und die massenmediale Öffentlichkeit in der Türkei

Bereits die Quantität der sich mit dem Anwerbestopp befassenden Artikel in den überregionalen Tageszeitungen *Hürriyet*, *Tercüman*, *Milliyet* und *Cumhuriyet* lässt

⁴⁷ „Ein vernünftiger Beschluß“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.11.1973.

auf die überragende Relevanz der Thematik für die türkische massenmediale Öffentlichkeit schließen.⁴⁸ Innerhalb von rund vier Wochen wurden in den genannten Zeitungen insgesamt 181 Artikel veröffentlicht, wobei sowohl die Art der Artikel als auch deren inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Anwerbestopp variierten. Das Spektrum der Artikel reichte von Nachrichten, Kommentaren und Interviews sowohl mit türkischen als auch deutschen Spezialisten (Gewerkschafter, Arbeitsmarktpolitiker) bis hin zu Verhaltensratschlägen an türkische Arbeiter und mehrteiligen Reportagen über Leben und Alltag türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Tageszeitungen lässt sich in fünf Topoi unterteilen, wobei einzelne Topoi zusammen auftraten oder sich gegenseitig bedingten:

- Furcht vor einer massenhaften Rückkehr türkischer Arbeiter aus der Bundesrepublik Deutschland
- Vorwürfe an die türkischen Regierungen, Industrie und Gesellschaft, die Arbeiter im Ausland auf ihre Funktion als Devisensender zu reduzieren
- Solidarisierung mit den türkischen Arbeitern auch in Form von Ratschlägen, wie sie mit der Situation umgehen können
- Diskussion um das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland
- Positionierung der Türkei zwischen Ost und West

Furcht / Vorwürfe / Solidarisierung

Der Anwerbestopp rief in der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit unterschiedliche Reaktionen hervor, die im höchsten Grade widersprüchlich

⁴⁸ In der Milliyet erscheinen im Zeitraum vom 24.11.1973 bis 20.12.1972 46 Artikel; in der Hürriyet sind es 41 Artikel im Zeitraum vom 25.11.1973 bis 24.12.1973; die Tercüman weist vom 24.11.1973 bis 20.12.1973 36 Artikel auf während die Cumhuriyet sich mit 60 Artikeln quantitativ am ausführlichsten mit dem Anwerbestopp beschäftigt.

waren. Die Solidarisierung mit dem Schicksal türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik ging einher mit der Furcht vor einer massenhaften Rückkehr und damit der ökonomischen Implosion der Türkei. Aus diesen Befürchtungen wiederum generierten sich Vorwürfe primär an die türkischen Regierungen, mit Hilfe der Auslandsdevisen nicht für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Form eines Industrialisierungsprozesses gesorgt zu haben. Im Rahmen der Solidarisierung wiederum wurde die Bundesrepublik sowohl für ihren Entschluss als auch ihren Umgang mit den türkischen Landsleuten scharf kritisiert.

Eine Interdependenz dieser Reaktionen lässt sich in allen vier Tageszeitungen feststellen. Die *Hürriyet* beispielsweise rief in ihrer Titelseite vom 28. November 1973 dazu auf, die Arbeiter nicht alleine zu lassen, denn sie seien als Opfer der türkischen Regierungen in die Bundesrepublik gesandt worden aus dem alleinigen Zwecke, ihre Verdienste in Form von Devisen in die Türkei zu senden.⁴⁹

Gleichzeitig kam in Schlagzeilen auf den Titelseiten die Furcht vor einer Rückkehr hunderttausender Arbeiter zum Ausdruck.⁵⁰ Auffällig ist insbesondere die in der

⁴⁹ „Wir können unsere Arbeiter nicht alleine lassen“, *Hürriyet*, 28.11.1973. Ähnlich: „Türkische Arbeiter werden ungerecht behandelt“, in: *Tercüman*, 3.12.1973. „Unsere Arbeiter werden nicht zum Opferfest kommen können“, in: *Hürriyet*, 30.11.1973.

⁵⁰ „100 000, die keine Arbeitsverträge haben, werden nach Hause geschickt“, in: *Hürriyet*, 26.11.1973; Wenige Tage später wird die Zahl der Rückkehrer bereits auf 332 000 beziffert: „Geheimer Bericht an Regierung: 332 000 unserer Arbeiter werden ins Land zurückkehren“, in: ebd., 29.11.1973. Ähnliche Artikel, die eine potentielle Rückkehr türkischer Arbeiter in die Türkei erörterten: „Wenn die Ölkrise vorbei ist, werden wieder Arbeiter aufgenommen“, in: *Tercüman*, 29.11.1973; „Rückkehr sämtlicher türkischer Arbeiter ist kein Thema“, in: ebd., 1.12.1973; Das deutsche Generalkonsulat in Istanbul wurde mit den Worten zitiert: „Wenn wir kein Öl finden, werden wir die Arbeiter zurückschicken“, in: ebd. 28.11.1973; „Für die zurückkehrenden Arbeiter wird der Fünf-Jahresplan geändert“, in: ebd., 8.12.1973; der türkische Außenminister Bayülken wurde zitiert: „Rückkehr all unserer Arbeiter ist kein Thema“, in: ebd., 9.12.1973 sowie „Kein einziger türkischer Arbeiter wird aus Deutschland geworfen“, in: ebd., 12.12.1973; Kılıçbay, Ahmet, „Die Rückkehr der Arbeiter und die Notwendigkeit von Auslandsdevisen“, in: ebd. 14.12.1973; „Im Dezember werden die Verträge von 50 000 türkischen Arbeitern in Deutschland nicht verlängert“, in: *Cumhuriyet*, 29.11.1973; In der *Cumhuriyet* wurde auch ein Bericht des deutschen Arbeitsministeriums der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wonach man die angestrebte Rückkehr türkischer Arbeiter mit finanziellen Angeboten verbinden müsse: „Rückkehr der türkischen Arbeiter muss mit verlockenden Angeboten verwirklicht werden“, in: ebd., 2.12.1973; „Rückkehr der Arbeiter aus Deutschland könnte soziale Explosion zur Folge haben“, in: ebd., 3.12.1973; In einem Kommentar von Ali Gevgili wurde die Furcht vor der Rückkehr türkischer Arbeiter mit der Argumentation begründet, dass gerade die Ausbildung und Arbeit in der Bundesrepublik sie westlich-demokratischen Werten näher bringe, die sie weiterhin erlernen müssten, um sie später einmal in der Türkei einzufordern und umzusetzen: Gevgili, Ali, „Die Arbeiterkrise zeigt auch ihre Lösung“, in: *Milliyet*, 29.11.1973; „In Deutschland werden 60 000 Arbeitsverträge betroffen sein“, in: ebd., 1.12.1973.

Hürriyet verwendete Kollektivierung in Gestalt der ersten Person Plural: „Wir können unsere Arbeiter nicht alleine lassen!“ oder „Unsere Arbeiter wurden zum Opfer für die deutsche Wirtschaft“.⁵¹ Die Solidarisierung drückte sich in der *Hürriyet* über die Kollektivierung hinaus in konkreten Ratschlägen an die betroffenen Landsleute aus. Der Jurist Dr. Rüçhan Işık riet in einem Artikel dazu, sich in den Entlassungsbescheid „Ökonomische Krise“ eintragen zu lassen. Ferner müsse deutlich werden, dass man nicht freiwillig gekündigt habe, sondern entlassen wurde. Auch sei der Nachweis eines festen Wohnsitzes von enormer Bedeutung, um von der Auszahlung von Arbeitslosengeldern profitieren zu können.⁵² In der *Milliyet* wurde ein Ratschlag vom Außenministerium gar in großen Lettern auf der Titelseite platziert. „Kehrt vom Heimaturlaub nicht zu spät zurück, um den Arbeitgebern keinen Anlass für eine Entlassung zu geben!“.⁵³ Diese und ähnliche Anzeigen symbolisieren den immensen Stellenwert sowie das Interesse an den türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik, den der Anwerbestopp in der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit auslöste. Die Türkei, so der Tenor in allen Zeitungen, habe es versäumt für eine eigene funktionstüchtige Industrie zu sorgen und habe sich damit in die Position eines Entsendelandes manövriert.⁵⁴ Die Reaktion der türkischen Regierung auf den Anwerbestopp wurde als unvorbereitet geschildert, obwohl es deutliche

In einem Interview mit der *Milliyet* betonte der bayrische Arbeitsminister Prickl, dass türkische Arbeiter keineswegs nun in die Türkei zurück gesandt werden: „Türkische Arbeiter mit Verträgen brauchen überhaupt nicht in Panik zu geraten“, in: ebd., 9.12.1973; „1974 könnten 100 000 Arbeiter zurück ins Land kehren“, in: ebd., 12.12.1973.

⁵¹ „Unsere Arbeiter wurden zum Opfer für die deutsche Wirtschaft erklärt.“, in: *Hürriyet*, 5.12.1973.

⁵² Işık, Rüçhan, „Lasst euch in den Entlassungsbescheid ‚Ökonomische Krise‘ eintragen“, in: *Hürriyet*, 5.12.1973.

⁵³ „Kehrt nicht zu spät zurück“, in: *Milliyet*, 15.12.1973.

⁵⁴ So z.B. in einer Extraseite in der *Cumhuriyet*: „Debatte um türkische Arbeiter in der Bundesrepublik“, in: *Cumhuriyet*, 30.11.1973; Auch der Oppositionsführer Ecevit äußerte sich in der Zeitung, und warf der Regierung Demirel vor, die Auslandsdevisen nie zum Zwecke der Industrialisierung genutzt zu haben. Cem, Ismail, „Deutschland und die Arbeiter“, in: *Milliyet*, 28.11.1973, Gevgili, Ali, „Die Arbeiterkrise zeigt auch ihre Lösung“, in: ebd., 29.11.1973; „Die Regierung kümmert sich zu wenig um die Arbeiter im Ausland“, in: ebd., 5.12.1973; „Debatte um türkische Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland“, in: ebd., 30.11.1973, „Die Bundesrepublik Deutschland, die Arbeiter und die Türkei“, in: ebd., 2.12.1973; „Den Arbeitern müssen Arbeitsplätze geschaffen werden“, in: ebd., 6.12.1973; in der *Milliyet* wurden auch Aussagen türkischer Arbeiter aus der Bundesrepublik zitiert so z.B. als Titelzeile eines Artikels: „Hätte man bei Zeiten von unserem Geld Fabriken gebaut, könnten wir nach unserer Rückkehr auch arbeiten“, in: ebd., 12.12.1973; Türkkan, Oğuz R., „Aufregung in Deutschland“, in: *Tercüman*, 20.12.1973.

Anzeichen zum Anwerbestopp gegeben habe. Am deutlichsten wurde dies im Kommentar „Maßlose Unkenntnis“ von Altan Öymen, der eben diese der türkischen Regierung vorwarf, da sie die längst absehbare Entwicklung zum Anwerbestopp ignoriert oder zumindest nicht aufmerksam genug verfolgt habe. Zu den Entwicklungen, so Öymen, hätten unter anderem die Entlassung von 24 000 türkischen Arbeitern aus deutschen Betrieben in Folge der Rezession 1966/67, innenpolitische Debatten in der Bundesrepublik im Kontext der Rotation ausländischer Arbeitnehmer, die Thematisierung der Anwerbepolitik im Wahlkampf 1972 sowie schließlich die wilden Streiks im September 1973, an denen sich erstmals auch türkische Arbeiter beteiligten, gehört.⁵⁵ Die *Milliyet* zitierte als prominenten Spezialisten den Vorsitzenden der größten türkischen Gewerkschaft „Türk-İş“, Halil Tunç, mit den Worten: „Die jetzige Situation wurde aus der Ignoranz der Regierungen geboren. Unsere Regierungen haben sich nur mit den Devisen der Arbeiter beschäftigt. Der Anwerbestopp wird meiner Meinung nach keine größeren Probleme bereiten. Das eigentliche Problem wird die Rückkehr unserer dortigen Arbeiter darstellen.“ Wie aus den Äußerungen von Öymen und Tunç hervorgeht, wurde der Anwerbestopp zum Anlass einer Generalkritik an den politischen Entscheidungsträgern in der Türkei genommen. Ihnen wurde eine grobe Vernachlässigung der Arbeiter in der Bundesrepublik sowie wirtschaftspolitisches Versagen in Form nicht erfolgter Industrialisierungsprozesse vorgeworfen. Die Kritik im Umgang mit den türkischen Arbeitern richtete sich nicht singulär auf die politischen Entscheidungsträger, sondern die Mentalität der türkischen Gesellschaft insgesamt wurde beanstandet. Die zehnteilige Reportage „Die im Stich gelassenen“ der *Cumhuriyet*,⁵⁶ welche

⁵⁵ Siehe: Öymen, Altan, „Maßlose Unkenntnis“, in: *Cumhuriyet*, 1.12.1973.

⁵⁶ Die bereits zwei Tage vorher auf den Titelseiten angekündigte Reportage baute auf eine Reise des Journalisten Mehmet Barlas und des Fotografen Ara Güler quer durch Deutschland auf. Jeden Tag wurde ein neuer Aspekt der Reportage dem Leser auf der Titelseite (außer am Todestag İnönü) in Kombination mit einem großen Bild präsentiert, was türkische Familien oder Arbeiter in der Fabrik zeigte. Titel der Reportagen: „In Deutschland sind wir Menschen 2. Klasse“, 20.12.1973, „Von denen, die gegangen sind, bereuen es alle, aber für eine Rückkehr sind sie nicht bereit“, 21.12.1973, „Die deutsche Gesellschaft möchte nicht, aber die Wirtschaft ist gezwungen“, 22.12.1973, „Und alle wollen in die Türkei als Arbeitgeber zurück“, 23.12.1973, „Deutsche Intellektuelle sorgen sich um die Situation der Türken“, 24.12.1973, „Für sie gilt nicht das Grundgesetz, sondern ein

vom 20. bis 29. Dezember 1973 auf der Titelseite positioniert war, nahm sich zum Ziel, einen vertieften Blick auf Mentalitäten, Alltag und Gefühle der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik zu werfen, denn auf die Fragen „Woher kommen eigentlich die Deutschen Mark?“, „Sind die Leute glücklich?“, „Gibt es Probleme?“, „Möchten sie zurückkehren?“ könne niemand in der Türkei antworten.⁵⁷ Die Erwartungshaltung in der Türkei beschränke sich auf die Überweisung von Devisen gepaart mit der Furcht vor einer Rückkehr der türkischen Arbeiter.⁵⁸ Selbst die türkische Presse interessiere sich nicht für die Belange der türkischen Arbeiter, obwohl es in der deutschen Presse fast tagtäglich thematisiert werde. Es werde allenfalls ein verzerrtes Bild der Lebensrealitäten türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik gezeichnet: „In der türkischen Öffentlichkeit wurde ein Bild erschaffen, in dem der Türke, der ins Ausland geht, sofort zum Millionär wird. Blonde deutsche Mädchen warten auf dunkelhaarige türkische Männer. Autos, Kassettenrecorder und Fernseher werden dort in Massen gekauft.“⁵⁹ Dieses realitätsferne Bild über das Leben der Landsleute in der Bundesrepublik sei über die Jahre entstanden, welches den Irrglauben eines unbekümmerten und von Reichtum geprägten Arbeiteralltages im Ausland gefördert habe. Die Zeitungen versuchten ihrerseits dieses Bild vor allem durch Berichte individueller Schicksale aufzubrechen.⁶⁰ Die bereits erwähnte zehnteilige Reportage in der *Cumhuriyet* baute auf Begegnungen des Journalisten mit türkischen Arbeitern auf und erzählte von ihren persönlichen Erlebnissen in der Bundesrepublik. Es wurde versucht eine Nähe zum stereotypisierten türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik

Ausländergesetz“, 25.12.1973, „In Berlin findet man ganze Stadtteile und Wohnhäuser ohne Deutsche vor“, 26.12.1973, „Wer kümmert sich um die Türken in Deutschland und ihre Probleme?“, 27.12.1973, „Deutschland sieht die Arbeiter von nun an als Problem an“, 28.12.1973, „Wahrhaftiger Schmerz und die Situation bleibt glanzlos“, 29.12.1973.

⁵⁷ Vgl. „Von denen die gegangen sind, bereuen es alle, aber für eine Rückkehr sind sie nicht bereit“, in *Cumhuriyet*, 21.12.1973.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ „Wer kümmert sich um die Türken in Deutschland und ihre Probleme?“, in: *Cumhuriyet*, 27.12.1973.

⁶⁰ So z.B. in einem Artikel der *Hürriyet*, der über das Schicksal von dem Arbeiter „Niazi“ berichtete, der sich trotz schwerster Krankheit nicht getraut habe, sich krank zu melden, da er seine Ausweisung nicht provozieren habe wollen. Ferner habe er sich Besitztümer in der Türkei erworben, deren Kredite er im Falle einer Ausweisung nicht mehr abbezahlen könne. Çetin, Cellaletin, in: *Hürriyet*, 7.12.1973.

herzustellen indem der Leserschaft Berichte über alltägliche Schwierigkeiten und Diskriminierungen vorgestellt wurden. Arbeitsunfälle, Todesfälle, Erziehungsprobleme im fremden Land, Sprachprobleme, Abschiebungen – all diese Aspekte wurden in der Form von Einzelschicksalen in der Reportage aufgenommen, die sehr häufig mit einem mitleiderregenden sprachlichen Duktus versehen waren.⁶¹ Bereits die einleitenden Bemerkungen des ersten Teils der Reportage deuten auf einen emotionsgeladenen Schreibstil mit der Absicht, Mitgefühl bei der Leserschaft zu erwecken, hin: „Wir sind auf der Strecke zwischen Köln und Bonn. Der Abend beginnt. An einer Straßenecke begegne ich einem der einsamen Türken in Deutschland. In der Ferne die Lichter eine Raffinerie und eine breite Straße. Ein einsamer Mensch blickt in seine Zukunft. Sieht er ein Licht? Wir wissen es nicht.“⁶²

Bemerkenswert ist, dass der eher traditionelle, seriöse und kemalistisch geltende *Cumhuriyet* in dieser emotionalen Art und Weise Artikel zu den türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik veröffentlichte. Deutlich wird, dass die türkischen Arbeiter in erster Linie als von der deutschen Gesellschaft unakzeptierte Menschen dargestellt werden sollten, deren Alltag in schwerer Arbeit und, angesichts des nun verhängten Anwerbstopps, in Ungewissheit über ihre Zukunft bestand.

⁶¹ So zum Beispiel bei Todesfällen: „Sie werden nie mehr heimkehren“, in: *Cumhuriyet*, 23.12.1973 oder aber bei der Schilderung der Wohnsituation mancher Arbeiter: „Heim“ sei im Deutschen mit dem Wort „Heimat“ synonym. Für Türken dagegen bedeute es ein kleines Zimmer mit zwei Betten drin. „Von der deutschen Gesellschaft nicht akzeptiert, ist ‚Heim‘ der Name für die winzigen türkischen Inseln, in denen sich die Türken aufhalten.“ In: „Von denen die gegangen sind“, *Cumhuriyet*, 21.12.1973. Berichte über Begegnungen mit türkischen Arbeitern auch bei Türkkhan, Oğuz R., „Aufregung in Deutschland“, in: *Tercüman* 20.12.1973. Bereits am 28.11.1973 wurde in der *Cumhuriyet* beschrieben, dass türkische Arbeiter im Ausland in erster Linie leiden, sowohl durch die körperlich anstrengende Arbeit als auch im privaten Leben durch die zum Teil unmenschliche Wohnsituation und die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung. Vgl. Akbal, Oktay, „Bevor die Tür geschlossen wird“, in: *Cumhuriyet*, 28.11.1973.

⁶² Barlas, Mehmet, „In Deutschland sind wir Menschen 2. Klasse“, in: *Cumhuriyet*, 20.12.1973. Ähnlich Kuşdemir, G., „Die Türkei kann Vergeltung ausüben“, in: *Hürriyet*, 5.12.1973.

Diskussion um das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland

In der Reportage wurde auch ein anderer Aspekt mehrmals angesprochen, der in sämtlichen Zeitungen thematisiert wurde: Das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland. Dies wurde insbesondere bezüglich der Aufnahme in und der Behandlung durch die bundesrepublikanische Gesellschaft und Politik weitestgehend negativ beurteilt. Die Verhaltensweise der Deutschen wurde im Kommentar der *Cumhuriyet* nach dem Motto zusammengefasst: „Wenn wir Probleme haben, dann sollt ihr auch welche haben!“⁶³ Die Kommentare, die das Verhältnis zur Bundesrepublik zum Inhalt hatten, waren zum Teil von einer offenen Aggressivität geprägt. Repräsentativ für diese Art des Kommentars ist der Beitrag „Wie wir Deutschland auf die Knie zwingen...“ von Mehmet Barlas in der *Cumhuriyet*.⁶⁴ Auf eine zum Teil sarkastische Art und Weise erteilte der Autor den türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik Ratschläge, wie man die Bundesregierung dazu verleiten könne, die Entscheidung zum Anwerbestopp zu bereuen. Ein Vorschlag richtete sich auf die von der Koalition geforderte Geschwindigkeitsbegrenzung, um angesichts der Ölkrise Benzin zu sparen. Wenn nun, so Barlas, alle Türken in der Bundesrepublik sich in ein Auto setzten und aufs Gaspedal drückten, würde die Bundesregierung in eine Krise gestürzt. Ferner sollten die Dörfer in der Türkei übermäßig viel Kuhmist produzieren, um sie in der Ölkrise als Heizmaterialsersatz tonnenweise nach Deutschland zu verkaufen.⁶⁵ Trotz der sicherlich bewussten Übertreibungen wird deutlich, welche Wut sich beim Autor über die deutsche Entscheidung zum Anwerbestopp breitmachte. Ferner fällt die Kollektivierung „der Deutschen“ auf, die allesamt als Verantwortliche für den Anwerbestopp charakterisiert wurden. Etwas objektiver wurden am 14. Dezember in derselben Zeitung Statistiken aufgeführt, welche die mangelnde Akzeptanz türkischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik

⁶³ Akbal, Oktay, „Bevor die Tür geschlossen wird“, in: *Cumhuriyet*, 28.11.1973.

⁶⁴ Barlas, Mehmet, „Wie wir Deutschland auf die Knie zwingen...“, in: *Cumhuriyet*, 1.12.1973.

⁶⁵ Wörtlich schrieb der Autor: „Wenn Deutschland dann erstmal im Chaos ist, wird ihnen gezeigt, dass ihre einzige Rettung in der Türkei liegt.“ Siehe ebd.

versinnbildlichen sollen.⁶⁶ Im selben Kommentar wurde eine Broschüre des „Orientdienstes Frankfurt“ vorgestellt, deren Absicht darin bestanden habe, junge deutsche Frauen von der Heirat mit einem türkischen Mann abzuhalten. Die Broschüre argumentiere, dass es in der muslimischen Religion viel schwieriger sei, die Scheidung einzureichen, und die Frau durchaus geschlagen werden dürfe. Ferner akzeptiere die katholische Kirche keine Ehe von Christen mit Muslimen. Der Kommentar kritisierte die Broschüre als ein Beispiel von den allgegenwärtigen Vorurteilen und als eine Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit durch die realitätsferne Konstruktion eines türkischen Muslims.⁶⁷

Ein anderer Kritikpunkt betraf die Arbeitsplätze der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik. Demnach seien es doch die Türken, die die Arbeiten verrichten, für die sich die Deutschen zu schade seien. In der *Milliyet* wurde diesbezüglich als Beleg ein Artikel der *Süddeutschen Zeitung* aufgeführt, wonach keine Kohle mehr im Ruhrgebiet gefördert werden könne, wenn es die türkischen Arbeiter nicht gäbe.⁶⁸

Auch Drohungen, die Türkei könne im Gegenzug zum Anwerbestopp deutschen Investitionen den Rücken kehren, gehörten zu den Erörterungen des deutsch-türkischen Verhältnisses nach dem Anwerbestopp. Der Vorsitzende der türkischen Industrie- und Handelskammer, Soysal, wurde auf der Titelseite der *Milliyet* mit den Worten zitiert: „Türkische Unternehmen können Deutschen Maschinen auch den Rücken kehren.“⁶⁹

Während sich diese Artikel auf gesamtgesellschaftliche oder ökonomische Bereiche konzentrierten, wurde auch die sozialliberale Regierung für ihre

⁶⁶ Der Artikel ist Teil einer zweiteiligen Reportage: „Schon lange bestehen Vorurteile der Deutschen gegenüber Türken und ihren Familien“, in: *Cumhuriyet*, 14.12.1973; nach den Statistiken für Westberlin hielten 11% der Deutschen Türken für unsauber und nur 6% erachteten Türken als vertrauenswürdig.

⁶⁷ Vgl. ebd.

⁶⁸ Vgl. „Debatte um türkische Arbeiter in der Bundesrepublik“, in: *Milliyet*, 30.11.1973. Eine ähnliche Argumentation wurde auch im Interview mit einem türkischen Arbeiter in der *Hürriyet* deutlich. Die Bundesrepublik habe die türkischen Arbeiter ausgenutzt. Die Türkei könne doch Vergeltung ausüben, indem sie auf einem Schlag alle Arbeiter aus der Bundesrepublik abziehe, denn in dem Falle „würden viele der Schornsteine nicht mehr rauchen und viele Räder sich nicht mehr drehen.“ Vgl. Kuşdemir, G., „Die Türkei kann Vergeltung ausüben“, in: *Hürriyet*, 5.12.1973.

⁶⁹ Vgl. *Milliyet*, 2.12.1973.

Entscheidung zum Anwerbestopp kritisiert. In der *Hürriyet* geschah dies auf sehr direkte Art in Form einer direkten Ansprache an Willy Brandt. Dieser habe nicht gewürdigt, dass die türkischen Arbeiter seine Straßen geputzt und seine Häuser gebaut haben. Stattdessen habe er sich hingestellt und gerufen: „Für mich kommt vor allem anderen Deutschland!“.⁷⁰ Der ehemalige Arbeitsminister Ali Rıza Uzuner bestand in einem Kommentar für die *Milliyet* darauf, dass es doch einst die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei, die türkische Arbeiter gefordert habe. Indes attackierte er die sozialliberale Koalition nicht, sondern verstand den Anwerbestopp als ein Resultat aus einer längerfristigen Entwicklung, die man bereits in Aussagen von Kanzler Brandt, Innenminister Genscher und den Vorsitzenden der Nürnberger Anstalt für Arbeit Stingl, hätte herauslesen haben können.⁷¹

Der Anwerbestopp löste in der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit eine Grundsatzdebatte über politische Entscheidungen in der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik der türkischen Regierungen seit Beginn der 1960er Jahre aus. Die Tageszeitungen berichteten in Kommentaren, Statistiken und Reportagen über gesellschaftliche Mängel in der Türkei, die nun angesichts des Anwerbestopps zu Tage getreten seien. Den türkischen Regierungen wurde Konzeptionslosigkeit und eine Gier nach Auslandsdevisen vorgeworfen, während die persönlichen Lebenslagen türkischer Arbeiter und ihrer Familien in der Bundesrepublik ignoriert worden seien. Diese Lebenslagen wurden anhand von Interviews und von mehrteiligen Reiseberichten türkischer Journalisten dargestellt, um der Leserschaft die schwierigen Lebensbedingungen der Landsleute in der Bundesrepublik näher zu bringen. Der Bundesrepublik wurden ausländerfeindliche Einstellungen vorgeworfen sowie eine Degradierung türkische Arbeiter zu Werkzeugen ihrer Fabriken.

⁷⁰ Vgl. Çetin, Celal, „Alamanya, Alamanya, grausames Alamanya“, in: *Hürriyet*, 5.12.1973.

⁷¹ Uzuner, Ali Rıza, „Die Arbeitnehmerpolitik der Bundesrepublik Deutschland und unsere Arbeiter“, in: *Milliyet*, 20.12.1973.

Die Bandbreite an verschiedenen Themen und die Intensität der Berichterstattung in den türkischen Tageszeitungen deuteten daraufhin, dass der Anwerbestopp zum politischen Thema gemacht wurde. Die türkischen Tageszeitungen waren hier klar als politische Akteure zu verstehen, da sie ihre Berichterstattung zum Anwerbestopp unmittelbar zu Kritik an innen- und außenpolitischen Entwicklungen nutzten. Durch ihre Berichterstattung wurden Themen auf die politische Agenda gesetzt, die auf dem ersten Blick nicht zwangsläufig mit dem Anwerbestopp zu begründen waren. Durch die verschiedenen Facetten, die in die massenmediale Öffentlichkeit eingebracht wurden, wurden politische Entscheidungsträger zum Handeln beziehungsweise zu Stellungnahmen in der massenmedialen Öffentlichkeit gezwungen. Die Massenmedien rückten als Informations- sowie Interpretationszentrum in die Rolle des politischen Akteurs. Sie agierten als Kommunikationsmittelpunkt zum Themenkomplex Anwerbestopp in der türkischen Öffentlichkeit. Die politische Rolle der Massenmedien erschöpfte sich dabei nicht in der Wiedergabe von Nachrichten, darüber hinaus orientierten sie auch darüber, wie Nachrichten einzuschätzen und zu bewerten waren.

Die Positionierung der Türkei zwischen Ost und West

Auffällig an der Berichterstattung in der Bundesrepublik ist die gänzliche Nichtbeachtung der Frage nach der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa; die Entscheidung, Menschen aus nicht EWG-Mitgliedsländern nicht mehr zum Zwecke der Erwerbstätigkeit aufzunehmen, berührte in der Bundesrepublik nicht die grundsätzliche Frage einer potentiellen Mitgliedschaft der Türkei in der EWG. In der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit hingegen lassen sich diesbezüglich zwei Ebenen ausmachen. Zum einen wurde in mehreren Artikeln auf die formalen Prozesse zwischen der EWG und der Türkei hingewiesen, die durch das Assoziierungsabkommen 1963 in Gang gesetzt wurden. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Perspektive der Vollmitgliedschaft in der EWG sowie die Teilhabe an der Freizügigkeit von Arbeitnehmern im Gemeinsamen Markt erörtert. Zum anderen wurde abseits der institutionellen Vereinbarungen die

Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Europa und der Türkei aufgeworfen, bei deren Beantwortung die Türkei zwischen Ost und West positioniert wurde. Ausgangspunkt für die Infragestellung des Verhältnisses zum Westen im Generellen und Europa im Speziellen waren Äußerungen des deutschen Generalkonsuls in Istanbul Effenberg. Der ohnehin von den Zeitungen angezweifelte Konnex zwischen Ölkrise und Anwerbestopp⁷² wurde von Effenberg mit dem Vorschlag verknüpft, die Türken sollten ihre guten Kontakte zu den Arabern dazu nutzen, den Ölboykott in die Bundesrepublik zu stoppen, wodurch sich der Anwerbestopp von selbst erledigen würde.⁷³ Dieser Vorschlag Effenbergs wurde in sämtlichen Zeitungen als Erpressungsversuch gedeutet oder gar als Provokation türkischen Nationalstolzes interpretiert. Die Äußerungen Effenbergs wurden insbesondere in den Kommentaren der Zeitungen zum Anlass genommen, die historische Solidarität mit dem Westen negativ zu bewerten. Effenberg wurde im Kommentar von Ahmet Kabaklı in der *Tercüman* mit folgenden Worten zitiert: „Die Entscheidung zum Boykott von Arbeitern außerhalb des Gemeinsamen Marktes wurde aufgrund der Ölkrise getroffen. Wir wollen, dass die Türkei als Freund der Araber, uns im Kontext der Öllieferungen nach Deutschland behilflich ist. Ein Freund wird erst bei dunklem Tage deutlich.“⁷⁴

Der Autor des Kommentars „Freundschaft“ stellte sich die Frage, ob dem Generalkonsul bewusst gewesen sei, dass die Türkei kein außenpolitisches Gewicht besitze, schon gar nicht in weltpolitischen Fragen. Hätte aber die Türkei einst nicht darauf bestanden zum Westen zu gehören, so Kabaklı, um damit „den wertlosen Platz am Ende der Schlange“ einzunehmen, wäre sie heute in der Lage auf Augenhöhe mit Europa, der Sowjetunion und den USA zu verhandeln. In

⁷² Die *Hürriyet* berichtete im Artikel „Deutschland wird unsere Arbeiter zurückschicken“ über eine Fernsehansprache Arendts, in der er die Entscheidung auf den Juni 1973 zurückdatiert hatte, die Ölkrise jedoch zum sofortigen Handlungszwang geführt habe: *Hürriyet*, 25.11.1973. Die *Milliyet* zitierte ebenfalls den Arbeitsminister mit den Worten: „Die Ölkrise ist nur ein Faktor unter anderen.“ Auch ausschlaggebend sei, dass sich die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem Einwanderungsland befinde und die Entwicklung gestoppt werden müsse: *Milliyet*, 24.11.1973. Am 1.12.1973 machte die *Cumhuriyet* mit den Titelzeilen „Deutschland hatte die Entscheidung bereits im Mai getroffen“ auf.

⁷³ Vgl. zu der „Affäre“ Effenberg auch Hunn, *Nächstes Jahr*, S. 328 f.

⁷⁴ Kabaklı, Ahmet, „Freundschaft“, in: *Tercüman*, 30.11.1973.

diesem Falle hätte Effenberg gar nicht erst die Position des Arbeitgebers einnehmen können „der mit dem Brot unsere Staatsbürger spielt.“ Der Autor missbilligte hier die Abhängigkeit, in die man sich seiner Meinung nach spätestens nach der Republikgründung begeben habe. Die Position der Schwäche sei das Resultat dieser Abhängigkeit. Am Ende seines Kommentars sprach er den kompletten Westen als Einheit an und forderte die türkischen Menschen auf, endlich zu begreifen, dass sie niemals dem Westen angehören, sondern stets deren „Fußabtreter“ bleiben würden.⁷⁵ Die Argumentation anhand historischer Ereignisse wurde auch im Kommentar der *Hürriyet* verwendet, welcher nicht mit dem Namen eines Autors versehen war, sondern mit dem Namen der Zeitung selbst, demnach eine Kollektivposition der *Hürriyet* symbolisieren sollte.⁷⁶ Umrahmt in einem roten Kasten hob sich der Kommentar auf der Titelseite von anderen Artikeln ab und betonte, dass man sich trotz des Atatürkschen Prinzips „Friede in der Nation, Friede auf der Welt“ niemals der Erpressung preisgeben werde. Interessant ist die Verknüpfung von Frieden und Krieg anlässlich der Äußerungen Effenbergs. So sei die Türkei von 1973 nicht das „Enverland“ vom ersten Weltkrieg.⁷⁷ Diese Anspielung auf die gescheiterte Allianz der Achsenmächte mit dem „kranken Mann am Bosphorus“ richtet sich auf einen essentiellen Aspekt türkischer kollektiver Identität. Der verlorene erste Weltkrieg und der als Schmach empfundene Vertrag von Sèvres wurden als Resultat der Tatsache gedeutet, dass sich das zerfallende osmanische Reich als Spielball der westlichen Mächte habe benutzen lassen.⁷⁸ Sowohl im Zerfallsprozess des

⁷⁵ Ebd.: „Bis unsere Leute bemerken, dass sie der Fußabtreter des Westens sind, macht bitte so weiter, damit sie irgendwann aufwachen.“ Auch der Kommentar „Die Lehre vom Öl“ von Ergun Göze in derselben Ausgabe der Zeitung sah einen Irrglauben Europas darin, dass die Türkei sich außenpolitisch an den arabischen Ländern orientiere. In Wahrheit sei die Türkei in ihren Beziehungen von den arabischen Ländern viel weiter entfernt als Europa selbst, wodurch die Bitte um eine Vermittlungsrolle der Türkei zwischen Europa und der europäischen Welt obsolet erscheine. Siehe Göze, Ergun, „Die Lehre vom Öl“, in: ebd.

⁷⁶ „Was ist das für eine Art zu reden“, in *Hürriyet*, 29.11.1973.

⁷⁷ „Enverland“ war ein zeitgenössisches Synonym für das Osmanische Reich ab 1908 unter der Leitung des Jungtürken Enver Pascha. Kaiser Wilhelm II. prägte den Ausdruck.

⁷⁸ Mustafa Kemals nationale Unabhängigkeitsbewegung mobilisierte ihre Anhänger zum Teil aus der Begründung heraus, dass man den Vertrag von Sèvres vom August 1920, der das Osmanische Reich auf ein Kernanatolien reduzierte, nicht akzeptieren könne. Der damalige Sultankalif

osmanischen Reiches als auch zu Zeiten der jungen Republik, so Ismail Cem in einem Kommentar in der *Milliyet*, habe der Westen alles daran gesetzt, die Ostgebiete der Türkei zu kolonisieren.⁷⁹ Eine der essentiellen Aufgaben des Osmanischen Reiches habe in ihrer 600 jährigen Geschichte darin bestanden, den Osten vor Einfällen des Westens zu schützen. Demzufolge stelle sich eine die Frage der Zugehörigkeit zum Westen überhaupt nicht: „Falls man gezwungen wird, die Türkei zwischen Ost und West zu lokalisieren, dann gehört die Türkei natürlich zum Osten.“ Eine Mitgliedschaft im Westen sei konsequenterweise nur aufgrund politisch-institutioneller Entscheidungsprozesse und somit lediglich auf „künstliche Art und Weise“ möglich.

Die Kritik an der Europaorientierung wechselte paradoxerweise ins Gegenteil, wenn es um die seit 1963 bestehende institutionelle Verbindung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ging. Hierbei wurde an Klauseln des Assoziierungsabkommens erinnert, welche der Türkei die Freizügigkeit ihrer Arbeitnehmer garantierten.⁸⁰ Auch auf Regierungsebene forderte man in Form des Ministerrates die Bundesregierung unmittelbar nach dem 23. November dazu auf, die Türkei nicht als Außenstehender der EWG zu behandeln, da man

Abdülcemid wurde von den Nationalisten endgültig zum Agenten des Westens erklärt, als er in Istanbul seine Unterschrift unter den Vertrag von Sèvres setzte. Vgl. dazu eine der ersten englischsprachigen Arbeiten zur Entstehung der Republik Türkei Lewis Bernhard, *The Emergence of Modern Turkey*, Oxford 1961, S. 40-73; Kreiser, Klaus, *Der Osmanische Staat 1300-1922*, Oldenburg 2001, S. 47 ff; ders./Neumann, Christoph K., *Kleine Geschichte der Türkei*, Stuttgart 2003, S. 383 ff; siehe auch Mustafa Kemal Atatürks eigene Schilderungen in „Nutuk“ (Die Große Revolution) zum Entstehungsprozess des Vertrags von Lausanne, der den von Ankara nie akzeptierten Vertrag von Sèvres gegenstandslos machte: Koehler, Kurt (Hg.), *Atatürk, Mustafa Kemal, Die nationale Revolution 1920-1927. Rede gehalten von Gazi Mustafa Kemal Pascha in Ankara vom 15. bis 20. Oktober 1927 vor den Abgeordneten und Delegierten der Republikanischen Volkspartei*, Leipzig 1928, S. 236 ff. Ein Auszug aus der Rede verdeutlicht die Nichtbeachtung des Vertrages: „Meine Herren! Nach dem Waffenstillstand von Mudros hatten die feindlichen Mächte der Türkei viermal Friedensvorschläge gemacht. Der erste war der Entwurf von Sèvres. Dieser Entwurf ist nicht das Ergebnis irgendeiner Verhandlung gewesen.(...) Dieser Entwurf wurde von der Großen Nationalversammlung der Türkei nicht einmal als Verhandlungsbasis angesehen.“ Ebd., S. 260; Vgl. zur Nutuk auch Alaranta, Toni, *Atatürk's Six-Day Speech of 1927: Defining the Official Historical View of the Foundation of the Turkish Republic*, in: *Turkish Studies*, 2008, Bd. 9, Nr.1, S. 115-129.

⁷⁹ Cem, Ismail, „Das Öl, die Welt und die Türkei“, in: *Milliyet*, 1.12.1973.

⁸⁰ Vgl. zu Fragen der Freizügigkeit insbesondere zu der Position der Bundesrepublik im Entstehungsprozess der Freizügigkeitsklauseln Schönwälder, *Einwanderung*, S. 277-288.

schließlich Beitrittskandidat sei.⁸¹ Am deutlichsten wurde die Hervorhebung der institutionellen Verankerung in Europa in einem Artikel über eine Versammlung in Brüssel, zu der eine Delegation türkischer Arbeiter eingeladen wurde. Ihr Sprecher Ömer Çalışkan wurde mit den Worten zitiert: „Die Türkei hat mit der EWG eine Vereinbarung getroffen. Warum wehrt sich diese EWG nicht gegen die Entscheidungen, die gegenüber den türkischen Arbeitern getroffen wurden.“⁸² In diesem Zusammenhang wurden die Vorteile einer EWG-Vollmitgliedschaft hervorgehoben, die ähnlich wie bei italienischen Arbeitern, die Freizügigkeit nach sich ziehe. Niemand könne in diesem Falle einfach zurückgeschickt werden. In dem betrachteten Zeitraum gab es indes nur einen Artikel, der die Forderungen nach Beachtung der potentiellen Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer nicht als Arbeitsplatzgarantie innerhalb der EWG im Generellen und in der Bundesrepublik im Speziellen herausstellte. Der Kommentar „Die Wahrheiten aus Bonn“ betonte die Entscheidungsautonomie deutscher Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft.⁸³ Letztlich seien es die privatisierten Unternehmen selbst, die entscheiden, welche Arbeiter sie aufnehmen und wann. Die Regierung habe in diesem Kontext überhaupt kein Einmischungsrecht. Der zeitungsinterne Kommentar, unterzeichnet mit *Cumhuriyet*, sah in der Forderung nach Freizügigkeit eine Verdrängung und Ignoranz der türkischen Politik und Gesellschaft gegenüber hausgemachten Problemen. Die Türkei müsse nun endlich selbst für wirtschaftliche Prosperität sorgen, um ihre Arbeitskräfte selbst versorgen zu können.

⁸¹ Vgl. den Artikel „Unser Mitgliedschaftsantrag für den Gemeinsamen Markt und die daraus resultierenden Bedingungen werden Deutschland in Erinnerung gerufen“, in: Tercüman, 28.11.1973; „Wir haben von Deutschland gefordert, außerhalb der Entscheidung zu bleiben“, in: Milliyet, 28.11.1973; Özer Ölçmen, Abgeordneter der Großen Nationalversammlung und Berichterstatter der EWG-Türkei Kommission, argumentierte ähnlich, indem er die jahrelangen Verhandlungen zur Freizügigkeit hervorhob und nun die türkischen Arbeiter als nicht adäquat behandelt erachtete. Dies erwecke höchste Zweifel in der türkischen Öffentlichkeit, ob die EWG die Verhandlungen mit der Türkei überhaupt mit ernstesten Absichten verfolge. Vgl. ebd.; Auch Cıvaoğlu, Güneri, „Unsere Arbeiter in Deutschland“, in: Tercüman, 30.11.1973. Cıvaoğlu ging von einer Vollmitgliedschaft der Türkei innerhalb der nächsten 20 Jahre aus. Die außenpolitische Ausrichtung nach Europa sei eindeutig und müsse der EWG auch mit allem erdenklichen Nachdruck vor Augen geführt werden.

⁸² „Die EWG muss die türkischen Arbeiter schützen“, in: Milliyet, 15.12.1973.

⁸³ „Die Wahrheiten aus Bonn“, in: Cumhuriyet, 3.12.1973.

Die teilweise emotionale und in unterschiedlichsten Facetten geführte Debatte um den Anwerbestopp führte in der türkischen massenmedialen Öffentlichkeit zu der grundsätzlichen Frage nach einer türkischen Mitgliedschaft in Europa, sei es historisch oder institutionell. Hiermit unterschieden sich das gesellschaftliche Interesse und die öffentliche Meinung radikal von der bundesrepublikanischen, in welcher der Konnex „Europa und Türkei“ keinerlei Beachtung fand. Obwohl die Kommentare und Berichte in den türkischen Zeitungen hinsichtlich der Zugehörigkeitsfrage zu Europa von einer ambivalenten Haltung geprägt waren, ist alleine die Tatsache, dass ein von der Bundesrepublik Deutschland verhängter Anwerbestopp eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis zu Europa entfachte, ein Beleg dafür, deutsch – türkische Beziehungen vor dem Hintergrund der potentiellen türkischen Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften zu betrachten.

Fazit

Der Anwerbestopp vom 23. November 1973 wurde in der massenmedialen Öffentlichkeit der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland fundamental unterschiedlich bewertet und gewichtet. In der Bundesrepublik wurden seit Beginn der 1970er Jahre soziale Fragen der Ausländerbeschäftigung sowohl von politischen Verantwortungsträgern, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden als auch von den überregionalen Zeitungen in den Fokus öffentlichen Interesses gerückt. Die politischen Verantwortungsträger erkannten in der Ölkrise eine Legitimationsgrundlage um eine schon länger beabsichtigte politische Maßnahme zu vollziehen. In der massenmedialen Öffentlichkeit wurde in höchst ambivalenter Form über die sozialen Probleme berichtet, die aus der langjährigen Beschäftigung insbesondere türkischer Arbeiter resultierten. Die Ambivalenz war geprägt von einem paternalistischen Mitleid mit der prekären Lebenssituation türkischer Arbeiter und ihre Familien, die in der Forderung an die Bundesregierung mündete, die Anwerbepolitik zu überdenken und eine

integrative Ausländerpolitik zu betreiben. Gleichzeitig wurden aber auch Ressentiments und Ängste durch Formulierungen wie „Ghettoisierung“ und „[...]einschwärmen türkischer Großfamilien in deutsche Städte“ geschürt, die ein Bedrohungsszenario durch türkische Arbeiter und ihre nachgezogenen Familienangehörigen herauf beschwörten. Zweifellos wurde die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Allgemeinen und türkischer Arbeiter im Besonderen in der massenmedialen Öffentlichkeit vor Verhängung des Anwerbestopps diskutiert. Die Intensität dieser Diskussion spitzte sich insbesondere drei Monate vor der Verhängung des Anwerbestopps durch die Ereignisse rund um den „Ford-Streik“ zu. Insofern erstaunt es nicht, dass der Anwerbestopp in den Massenmedien nach seiner Verhängung keinen Anlass zu einer breiteren Diskussion bot. Gemessen aber an der Reaktion in der türkischen Öffentlichkeit muss man von einer dramatischen Unterschätzung der türkischen Reaktion sowohl aus politischer als auch aus massenmedialer Perspektive in der Bundesrepublik sprechen. Der Anwerbestopp wurde zum Kristallisationspunkt einer regelrechten Explosion der medialen Kritik. Kritik, die sich sowohl auf innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Türkei, aber auch vehement gegen die Bundesrepublik richtete. Die türkischen Regierungen wurden für die wirtschaftliche Stagnation zur Verantwortung gezogen, was einherging mit der Forderung, doch endlich die vielen Devisen der türkischen Arbeitnehmer für einen strukturierten Industrialisierungsprozess zu verwenden. Der Bundesrepublik, ihren politischen Verantwortlichen und der bundesrepublikanischen Gesellschaft insgesamt wurde eine Türkenfeindlichkeit vorgeworfen, die sich nun im Anwerbestopp auch offiziell manifestiert habe. Einzelschicksale über türkische Arbeiterfamilien in der Bundesrepublik, Interviews mit kranken Arbeitern, Berichte über Todesfälle bis hin zu Ratschlägen wie man sich das Arbeitslosengeld sichern könne dominierten die Berichterstattung quer über die politische Lager der überregionalen Zeitungen hinweg. Die auffälligste, sicherlich auch völlig unerwartete, Reaktion aber war die Infragestellung der Zugehörigkeit zu Europa und dem Westen. Durch die Bemühung historisch

fragwürdiger Parallelen vom Osmanischen Reich bis hin zur Republikgründung wurde ein historisches Feindbild des Westens konstruiert, in dessen Abhängigkeit man sich begeben habe. Der Anwerbestopp wurde als Motiv verstanden, den eingeschlagenen Weg der Westorientierung grundsätzlich zu überdenken.

Die Analyse der Berichterstattung zum Anwerbestopp in der massenmedialen Öffentlichkeit der Türkei und der Bundesrepublik bestätigt die Hypothese einer Interdependenz der deutsch-türkischen Beziehungen und der türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften. Die Verknüpfung des Anwerbestopps mit der Kritik an innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Türkei einerseits und der Kritik an der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft andererseits verdeutlicht, wie die massenmediale Berichterstattung in der Türkei als politischer Akteur aktiv Stellung in den bilateralen Beziehungen bezog, was die Hypothese der kommunikativen Verdichtung der deutsch-türkischen Beziehungen in der massenmedialen Öffentlichkeit ebenfalls als zutreffend kennzeichnet.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Sekundärliteratur

Alaranta, Toni, Atatürk's Six-Day Speech of 1927: Defining the Official Historical View of the Foundation of the Turkish Republic, in: Turkish Studies, 2008, Bd. 9, Nr.1, S. 115-129.

Bade, Klaus, Einheimische Ausländer: ‚Gastarbeiter‘ – Dauergäste – Einwanderer, in: ders. (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 393-401.

Brandt, Karl Werner / Büsser, Detlef / Rucht, Dieter, Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M./New York 1986.

Conze, Eckart, „Moderne Politikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert; Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19-30.

Frevert, Ute, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Heinz-Gerhard Haupt / Ute Frevert (Hg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 7-26.

Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm / Klaus Neumann-Braun (Hrsg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31-89.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.

dies., Die 68er Bewegung: Deutschland-Westeuropa-USA, München 2001.

Haftendorf, Helga, Sicherheit und Stabilität: Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986.

Haupt, Heinz-Gerhard, Historische Politikforschung: Praxis und Probleme, in: ders. / Ute Frevert (Hg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 304-313.

Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

Hildebrandt, Eckart / Olle, Werner, Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der Bundesrepublik. Teil 1, Offenbach 1975.

Hinken, Günter, Vom „Gastarbeiter“ aus der Türkei zum gestaltenden Akteur. Mitbestimmung und Integration von Arbeitsmigranten bei Ford in Köln, in: Jan Motte / Rainer Ohliger / Anne von Oswald (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt/New York 1999, S. 259-272.

Huhnke, Brigitta, Sprachliche Realisierungen symbolischer Politik in Migrationsdiskursen, in: Karin Böke / Matthias Jung / Martin Wengeler (Hg.), Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag, Opladen 1997, S. 89-105.

Hunn, Karin, Asymmetrische Beziehungen: Türkische „Gastarbeiter“ zwischen Heimat und Fremde. Vom deutsch-türkischen Anwerbeabkommen bis zum Anwerbestopp (1961-1973), in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 145-172.

Dies., „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

Dies. / Herbert, U., Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955-1973), in: Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 273-310.

Knortz, Heike, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973, Köln 2008.

Koehler, Kurt (Hg.), Atatürk, Mustafa Kemal, Die nationale Revolution 1920-1927. Rede gehalten von Gazi Mustafa Kemal Pascha in Ankara vom 15. bis 20. Oktober 1927 vor den Abgeordneten und Delegierten der Republikanischen Volkspartei, Leipzig 1928.

Krämer, Hans, Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, Baden – Baden 1974.

Kreiser, Klaus, Der Osmanische Staat 1300-1922, Oldenburg 2001.

ders./Neumann, Christoph, Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2003.

Lewis Bernhard, The Emergence of Modern Turkey, Oxford 1961.

Mattes, Monika, „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M. 2005.

Mendershausen, Horst, Coping with the oil crisis: French and German experiences, Baltimore 1976.

Mergel, Thomas, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 574-206.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bundeskanzler Brandt, Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel vom 18. Januar 1973.

Schildt, Axel / Siegfried, Detlef / Lammers, Karl (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

Schönwälder, Karen, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er Jahren bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.

Stollberg-Rilinger, Barbara, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, in: dies. (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, S. 9-24.

Tolomelli, M., „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und Italien, Opladen 2001.

dies., 1968: Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und der Bundesrepublik, in: Gilcher-Holtey (Hg.), 1968, S. 82-100.

Zitierte Zeitungsartikel

(Kommentare sind mit den Namen der Autoren versehen,
Artikel sind nach Erscheinungsdatum sortiert)

Der Spiegel

„Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche?“ Spiegel-Report über die Abwanderung aus Südeuropa und Kleinasien, in: Der Spiegel, 48/1971, 22.11.1971, S. 138-151. 2. Teil der Reportage: Der Spiegel, 49/1971, 29.11.1971, S. 118-129.

„Rauhes Klima“, in: Der Spiegel 34/1972, 14.8.1972, S. 47-48.

„Markt der Menschenhändler“, in: Der Spiegel, 13/1973, 26.3.1973, S. 60-65.

„Die Türken kommen – rette sich, wer kann“, in: Der Spiegel 31/1973, 30.7.1973, S. 24-34.

„IG Metall – ein angeschlagener Dinosaurier“, in: Der Spiegel, 36/1973, 3.9.1973, S. 19-26.

„Türken-Streik: Faden gerissen“, in: Der Spiegel, 37/1973, 10.9.1973, S. 28-33.

„Arbeitslose: So knüppeldick war's noch nie, in: Der Spiegel, 51/1973, 17.12.1973, S. 20-30.

Bild-Zeitung

„30 Verletzte/Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei. 2000 türkische Gastarbeiter schlugen mit Knüppeln, Messern und Zahnrädern auf ihre deutschen Kollegen ein/Kommunistische Rädelsführer aus dem Werk gejagt“, in: Bild-Zeitung, 31.8.1973.

„Alarmzeichen aus Bonn: Grenzen zu für Gastarbeiter“, in: Bild-Zeitung, 24.11.1973.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Vocke, Harald, „Wenn Tausende illegal einreisen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.1972.

„Günstiger Nährboden für Agitation. Türken leben in einem selbst gewählten Getto / Einträgliche Geschäfte mit Landsleuten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.9.1973.

„Ankara um Gastarbeiter besorgt. Türkische Gewerkschaften beschuldigen deutsche Regierungsstellen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.9.1973.

„Ein vernünftiger Beschluß“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.1973.

Die Zeit

Kurylo, Friedrich, „Die Türken probten Aufstand. Hintergründe des wilden Streiks bei Ford“, in: Die Zeit, 7.9.1973.

Hoffmann, Wolfgang. „Ausbruch aus dem Getto. Warum die Gastarbeiter rebellieren“, in: Die Zeit, 7.9.1973.

Hürriyet

„Deutschland wird unsere Arbeiter zurückschicken“, in: Hürriyet, 25.11.1973.

„100 000, die keine Arbeitsverträge haben, werden nach Hause geschickt“, in: Hürriyet, 26.11.1973.

„Wir können unsere Arbeiter nicht alleine lassen“, Hürriyet, 28.11.1973.

„Was ist das für eine Art zu reden“, in Hürriyet, 29.11.1973.

„Geheimer Bericht an Regierung: 332 000 unserer Arbeiter werden ins Land zurückkehren“, in: Hürriyet, 29.11.1973.

„Unsere Arbeiter werden nicht zum Opferfest kommen können“, in: Hürriyet, 30.11.1973.

„Unsere Arbeiter wurden zum Opfer für die deutsche Wirtschaft erklärt.“, in: Hürriyet, 5.12.1973.

Kuşdemir, G., „Die Türkei kann Vergeltung ausüben“, in: Hürriyet, 5.12.1973.

Işık, Rüçhan, „Lasst euch in den Entlassungsbescheid ‚Ökonomische Krise‘ eintragen“, in: Hürriyet, 5.12.1973.

Çetin, Celaletin, „Alamanya, Alamanya, grausames Alamanya“, in: Hürriyet, 5.12.1973.

Milliyet

„Großer Schaden für die Türkei“, in: Milliyet, 24.11.1973.

„Wir haben von Deutschland gefordert, außerhalb der Entscheidung zu bleiben“, in: Milliyet, 28.11.1973.

Cem, Ismail, „Deutschland und die Arbeiter“, in: Milliyet, 28.11.1973.

Gevgili, Ali, „Die Arbeiterkrise zeigt auch ihre Lösung“, in: Milliyet, 29.11.1973.

„Debatte um türkische Arbeiter in der Bundesrepublik“, in: Milliyet, 30.11.1973.

Cem, Ismail, „Das Öl, die Welt und die Türkei“, in: Milliyet, 1.12.1973.

„In Deutschland werden 60 000 Arbeitsverträge betroffen sein“, in: Milliyet, 1.12.1973.

„Die Bundesrepublik Deutschland, die Arbeiter und die Türkei“, in: Milliyet, 2.12.1973.

„Die Regierung kümmert sich zu wenig um die Arbeiter im Ausland“, in: Milliyet, 5.12.1973.

„Den Arbeitern müssen Arbeitsplätze geschaffen werden“, in: Milliyet, 6.12.1973.

Bayrische Arbeitsminister Prickl, „Türkische Arbeiter mit Verträgen brauchen überhaupt nicht in Panik zu geraten“, in: Milliyet, 9.12.1973.

„1974 könnten 100 000 Arbeiter zurück ins Land kehren“, in: Milliyet, 12.12.1973.

„Hätte man bei Zeiten von unserem Geld Fabriken gebaut, könnten wir nach unserer Rückkehr arbeiten“, in: Milliyet, 12.12. 1973.

„Die EWG muss die türkischen Arbeiter schützen“, in: Milliyet, 15.12.1973.

„Kehrt nicht zu spät zurück“, in: Milliyet, 15.12.1973.

Uzuner, Ali Rıza, „Die Arbeitnehmerpolitik der Bundesrepublik Deutschland und unsere Arbeiter“, in: Milliyet, 20.12.1973.

Göze, Ergun, „Die Lehre vom Öl“, in: Milliyet, 20.12.1973.

Cumhuriyet

„Während sich die Türen in Deutschland schließen“, in: Cumhuriyet, 25.11.1973.

Akbal, Oktay, „Bevor die Tür geschlossen wird“, in: Cumhuriyet, 28.11.1973.

„Im Dezember werden Verträge von 50 000 türkischen Arbeitern in Deutschland nicht verlängert“, in: Cumhuriyet, 29.11.1973.

„Debatte um türkische Arbeiter in der Bundesrepublik“, in: Cumhuriyet, 30.11.1973.

Öymen, Altan, „Maßlose Unkenntnis“, in: Cumhuriyet, 1.12.1973.

„Deutschland hatte die Entscheidung bereits im Mai getroffen“, in: Cumhuriyet, 1.12.1973.

Barlas, Mehmet, „Wie wir Deutschland auf die Knie zwingen...“, in: Cumhuriyet, 1.12.1973.

„Rückkehr der türkischen Arbeitern muss mit finanziellen Angeboten verwirklicht werden“, in: Cumhuriyet, 2.12.1973.

„Arbeiter, deren Aufenthaltsberechtigung abgelaufen ist, kehren ins Land zurück“, in: Cumhuriyet, 2.12.1973.

„Die Wahrheiten aus Bonn“, in: Cumhuriyet, 3.12.1973.

„Rückkehr der Arbeiter aus Deutschland könnte soziale Explosion zur Folge haben“, in: Cumhuriyet, 3.12.1973.

„Schon lange bestehen Vorurteile der Deutschen gegenüber Türken und ihren Familien“, in: Cumhuriyet, 14.12.1973

Barlas, Mehmet, „In Deutschland sind wir Menschen 2. Klasse“, in: Cumhuriyet, 20.12.1973.

Ders., „Von denen, die gegangen sind, bereuen es alle, aber für eine Rückkehr sind sie nicht bereit“, in: Cumhuriyet, 21.12.1973,

Ders., „Die deutsche Gesellschaft möchte nicht, aber die Wirtschaft ist gezwungen“, in: Cumhuriyet, 22.12.1973,

Ders., „Und alle wollen in die Türkei als Arbeitgeber zurück“, in: Cumhuriyet, 23.12.1973,

Ders., „Deutsche Intellektuelle sorgen sich um die Situation der Türken, in: Cumhuriyet, 24.12.1973,

Ders., „Für sie gilt nicht das Grundgesetz, sondern ein Ausländergesetz“, in: Cumhuriyet, 25.12.1973,

Ders., „In Berlin findet man ganze Stadtteile und Wohnhäuser ohne Deutsche vor“, in: Cumhuriyet, 26.12.1973.

Ders., „Wer kümmert sich um die Türken in Deutschland und ihre Probleme?“, in: Cumhuriyet, 27.12.1973,

Ders., „Deutschland sieht die Arbeiter von nun an als Problem an“, in: Cumhuriyet, 28.12.1973,

Ders., „Wahrhaftiger Schmerz und die Situation bleibt glanzlos“, in: Cumhuriyet, 29.12.1973.

Tercüman

„Die Gefahr für die Türkei ist groß“, in: Tercüman, 25.11.1973.

„Unser Mitgliedschaftsantrag für den Gemeinsamen Markt und die daraus resultierenden Bedingungen werden Deutschland in Erinnerung gerufen“, in: Tercüman, 28.11.1973.

„Wenn wir kein Öl finden, werden wir die Arbeiter zurückschicken“, in: Tercüman, 28.11.1973.

„Wenn die Ölkrise vorbei ist, werden wieder Arbeiter aufgenommen“, in: Tercüman, 29.11.1973.

Kabaklı, Ahmet, „Freundschaft“, in: Tercüman, 30.11.1973.

Civaoğlu, Güneri, „Unsere Arbeiter in Deutschland“, in: Tercüman, 30.11.1973.

„Rückkehr sämtlicher türkischer Arbeiter ist kein Thema“, in: Tercüman, 1.12.1973.

„Türkische Arbeiter werden ungerecht behandelt“, in: Tercüman, 3.12.1973.

„Für die zurückkehrenden Arbeiter wird der Fünf – Jahresplan geändert“, in: Tercüman, 8.12.1973.

„Rückkehr all unserer Arbeiter ist kein Thema“, in: Tercüman, 9.12.1973.

„Kein einziger türkischer Arbeiter wird aus Deutschland geworfen.“, in: Tercüman, 12.12.1973.

Kılıçbay, Ahmet, „Die Rückkehr der Arbeiter und die Notwendigkeit von Auslandsdevisen“, in: Tercüman, 14.12.1973.

Türkkan, Oğuz R., „Aufregung in Deutschland“, in: Tercüman 20.12. 1973.